

2022

2022

INVESTITIONSBERICHT
2021/2022
ERGEBNISÜBERBLICK



Europäische
Investitionsbank

Die Bank der EU

Erholung als
Sprungbrett für
den Wandel

2022

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK INVESTITIONSBERICHT
2021/2022

ERGEBNISÜBERBLICK

Erholung als Sprungbrett für den Wandel

Investitionsbericht 2021/2022 der EIB: Erholung als Sprungbrett für den Wandel – Ergebnisüberblick

© Europäische Investitionsbank, 2022. Alle Rechte vorbehalten. Kurze Textabschnitte von bis zu zwei Absätzen dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung unter Angabe der Quelle in der Originalsprache zitiert werden.

Über den Bericht

Der jährliche Bericht der EIB zur Investitionstätigkeit und Investitionsfinanzierung wird von der Abteilung Volkswirtschaftliche Analysen der EIB erstellt. Er bietet einen umfassenden Überblick darüber, wie sich die Investitionen in der Europäischen Union entwickeln, was sie beeinflusst und wie es mit der Finanzierung aussieht. Der Bericht liefert eine Darstellung und Analyse der wichtigsten Markttrends und Entwicklungen. Ein besonderer Themenschwerpunkt liegt in diesem Jahr auf der Frage, wie Europa auf dem Weg in eine digitale und grüne Zukunft nach Covid-19 vorankommt. Der Bericht stützt sich weitgehend auf die Ergebnisse der jährlichen Investitionsumfrage der EIB (EIBIS) und der EIB-Umfrage unter Kommunen. Er umfasst interne Analysen der EIB, die durch Beiträge führender Expertinnen und Experten ergänzt werden.

Die Abteilung Volkswirtschaftliche Analysen der EIB

Die Abteilung Volkswirtschaftliche Analysen der EIB erstellt volkswirtschaftliche Analysen und Studien. Sie unterstützt damit die Bank bei ihrer Arbeit und Positionierung und bei der Festlegung ihrer Strategien und Leitlinien. Das 40-köpfige Team wird geleitet von Debora Revoltella, Direktorin Volkswirtschaftliche Analysen.

Autor/innen und Verantwortliche für den diesjährigen Bericht

Verantwortliche Direktorin: Debora Revoltella

Koordination und Prüfung: Pedro de Lima und Atanas Kolev

Ergebnisüberblick

Debora Revoltella und Tessa Bending

Zum diesjährigen Investitionsbericht haben die folgenden Autorinnen und Autoren beigetragen:

- Einleitung: Atanas Kolev
Kapitel 1: Andrea Brasili, Jochen Schanz (Hauptautoren) und Alina Bobasu
Kapitel 2: Atanas Kolev (Hauptautor), Tessa Bending, Colin Bermingham, Julie Delanote, Peter Harasztosi, Fotios Kalantzis, Peter McGoldrick, Christoph Weiss und Patricia Wruuck
Kapitel 3: Laurent Maurin (Hauptautor), Peter Harasztosi, Rozalia Pal, Alina Bobasu und Sebastian Schich (Kasten B), Wouter van der Wielen (Kasten C), Julien Brault, Simone Signore und Wouter Torfs (Kasten D)
Kapitel 4: Patricia Wruuck, Jochen Schanz (Hauptautoren), Alina Bobasu, Julie Delanote und Désirée Rückert
Kapitel 5: Julie Delanote, Désirée Rückert, Christoph Weiss (Hauptautoren), Julie Callaert (ECOOM, KU Leuven, Zusammenarbeit bei PATSTAT-Datenvorbereitung, Kasten B), Matteo Ferrazzi (Kasten C), Ana Correia, Océane Peiffer-Smadja und Julien Ravet (alle Europäische Kommission, GD Forschung und Innovation, Kasten D)
Kapitel 6: Fotios Kalantzis, Atanas Kolev (Hauptautoren), Koray Alper (Kasten A), Emmanouil Davradakis, Julie Delanote, Sofia Dominguez, Matteo Gatti (Kasten B), Peter Harasztosi, Wouter Torfs und Annamaria Tueske

Wissenschaftlicher Beirat: Giorgio Barba Navaretti (Università degli Studi di Milano), Eric Bartelsman (Tinbergen-Institut), Catherine L. Mann (Citi), Steven Ongena (Universität Zürich), Pier Carlo Padoan, Peter Praet, Jan Svejnar (Columbia University) und Reinhilde Veugelers (KU Leuven)

Veröffentlicht von der Europäischen Investitionsbank.

Gedruckt auf FSC®-Papier.

Die EIB verwendet Papier, das vom Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert ist. Weil uns Bäume wichtig sind.

Der FSC fördert eine ökologisch angepasste, sozial förderliche und wirtschaftlich rentable Bewirtschaftung der Wälder dieser Welt.

Wir alle wissen, dass Lesen gut für uns ist. Es ist auch gut für unseren Planeten – wenn wir auf dem richtigen Papier lesen.

Haftungsausschluss

Die Darstellungen in dieser Publikation geben die Ansicht der Autorinnen und Autoren wieder und stimmen nicht notwendigerweise mit der Sichtweise der EIB überein.

Dank

Wir bedanken uns bei José Maria Alvarès, Enrico Minnella, Luca Restaldi und Nicola Vianello für ihre Unterstützung bei der Forschungsarbeit.



Der vollständige Investitionsbericht 2021/2022: *Erholung als Sprungbrett für den Wandel* ist in der englischen Fassung abrufbar unter:

www.eib.org/investment-report-2021



print: QH-BR-21-001-DE-C ISBN 978-92-861-5190-3 ISSN 2600-2507 doi: 10.2867/311507
eBook: QH-BR-21-001-DE-E ISBN 978-92-861-5197-2 ISSN 2600-2515 doi: 10.2867/805395
pdf: QH-BR-21-001-DE-N ISBN 978-92-861-5191-0 ISSN 2600-2515 doi: 10.2867/07256

Einleitung

Weniger als zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie in Europa ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union wieder auf Vorkrisenniveau. Das dritte Quartal 2021 markiert die Rückkehr auf den Stand des vierten Quartals 2019. Dank der schnellen und umfangreichen Hilfsmaßnahmen hat die Krise offenbar nicht so tiefe Spuren hinterlassen, wie ursprünglich befürchtet. Auf mikroökonomischer Ebene wurden durch die Maßnahmen massive Störungen verhindert. Wie krisenfest die Unternehmen und Arbeitsplätze sind, wenn die Hilfen ganz auslaufen, muss sich jedoch erst noch zeigen. Es ist gut möglich, dass dann noch weitere Schäden sichtbar werden.

Auf makroökonomischer Ebene bleibt die Unsicherheit darüber, wie sich neuerliche Pandemiewellen und das Ende der Nothilfen in ganz Europa auswirken. Unklar ist auch, wie die neue Normalität aussehen wird. Es besteht weiterhin das Risiko einer asymmetrischen Erholung, für Menschen, Unternehmen und Länder. Gleichzeitig sind die Herausforderungen der Klimawende und Digitalisierung dringlicher denn je, und die Erholung bietet eine Chance, diese anzugehen.

Dieser Bericht blickt zurück auf die Auswirkungen der Pandemie auf Menschen, Unternehmen und Länder in der Europäischen Union. Er schaut aber auch nach vorne, wie die Erholung als Sprungbrett zur Transformation dienen kann. Der Bericht beurteilt die Effektivität der Hilfsmaßnahmen und gibt eine Einschätzung darüber ab, welche Narben die Pandemie hinterlässt, mit Blick auf Investitionstätigkeiten. Er zeigt auf, wie europäische Unternehmen die Krise und die Erholung als Chance nutzen können, um sich für eine Welt im Wandel zu rüsten. Dabei geht es auch darum, wie öffentliche Unterstützung einen gerechten Aufschwung sichern und verhindern kann, dass Ungleichheiten weiter zunehmen.

Die bislang umgesetzten Sofortmaßnahmen haben eine wirtschaftliche Depression verhindert, aber der Aufschwung erfordert weitere, länderübergreifend abgestimmte Anstrengungen. Um einer asymmetrischen Erholung vorzubeugen und die langfristigen Wachstumsaussichten zu verbessern, muss Folgendes Priorität haben:

- Erhalt der Dynamik bei hochwertigen öffentlichen Investitionen und Sorge dafür, dass die **Aufbau- und Resilienzfähigkeit** so wirkungsvoll wie möglich umgesetzt wird – unter Vermeidung abrupter fiskalischer Anpassungen, die die Erholung behindern könnten
- Mobilisierung privater Investitionen durch Instrumente mit Risikoteilung, um der anhaltenden makroökonomischen Unsicherheit zu begegnen, sowie Abkehr von umfassenden Hilfen für Unternehmen und Verlagerung auf zielgerichtete Anreize zur Transformation, besonders für die Digitalisierung und die Klimawende
- Schaffen der Voraussetzungen für eine beschleunigte digitale Transformation der europäischen Wirtschaft, mit einer unterstützenden Infrastruktur, Informationssicherheit und Data Governance, einer schnelleren Digitalisierung im öffentlichen Sektor und einer stärkeren Konzentration auf Schulung und Qualifikation
- Stärkere klimapolitische Vorgaben und Umsetzung regulatorischer Vorschläge, um verbleibende Lücken in der Dekarbonisierungsstrategie der Europäischen Union zu schließen, einschließlich Plänen für die Energiewende und die weitere Integration der EU-Energiemärkte; sowie geeignete Anreize, um die Vorreiterrolle der Europäischen Union bei klimabezogenen Innovationen zu nutzen

Diesmal war es anders: Entschlossenes Handeln dämpfte den schweren Schock für die EU-Wirtschaft

Unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie waren beispiellos

Die Pandemie verursachte den stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Zur Jahresmitte 2020 war das reale EU-BIP um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken, das Primäreinkommen privater Haushalte um 7,3 Prozent. Die Unternehmensumsätze erreichten im Mai einen Tiefpunkt und verzeichneten im verarbeitenden Gewerbe gar einen Rückgang um 30 Prozent seit Jahresbeginn. Danach erholte sich die europäische Wirtschaft dank selektiverer Schutzmaßnahmen allmählich wieder. Allerdings trafen weitere Viruswellen die Länder unterschiedlich hart, was die Erholung ungleichmäßiger und unsicherer machte. Mittlerweile zeigen sich Asymmetrien zwischen Sektoren, zwischen größeren und kleineren Unternehmen und dementsprechend auch zwischen Regionen.

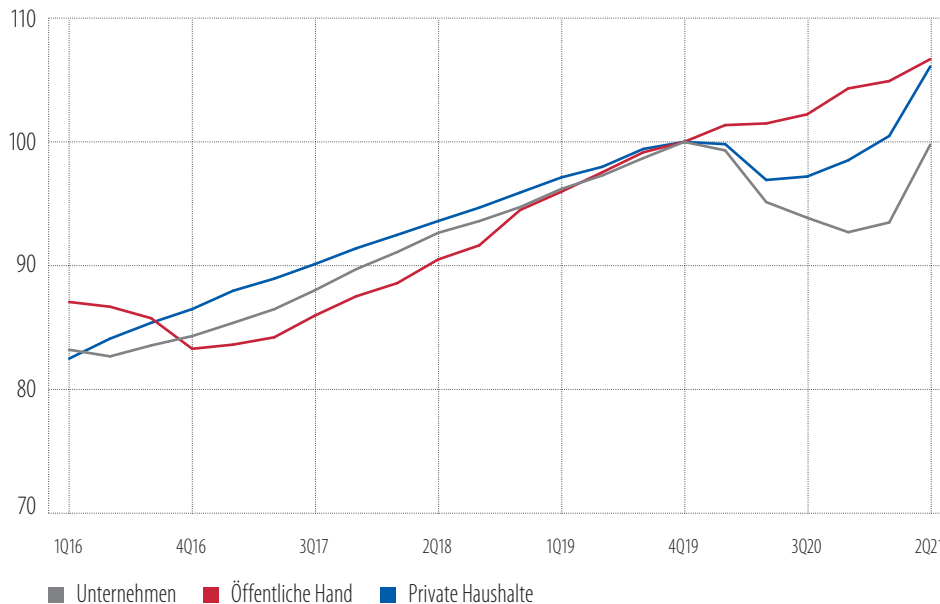
In ganz Europa gingen die realen Bruttoanlageinvestitionen – eine Messgröße der Investitionen – deutlich zurück, aber nicht so stark, wie vorhergesagt. Zudem erholten sie sich innerhalb von nur zwei Jahren vom Pandemieschock. Zum Vergleich: Nach der globalen Finanzkrise dauerte es mehr als zehn Jahre. Zum Ende des zweiten Quartals 2020 brachen die realen Investitionen gegenüber dem vierten Quartal 2019 um 14,6 Prozent ein.¹ Allerdings erholten sie sich rasch wieder und erreichten im zweiten Quartal 2021 das Niveau von 2019. Die öffentlichen Investitionen stiegen stetig: In Südeuropa und Mittel- und Osteuropa wuchsen sie 2020 um sieben Prozent gegenüber 2019, in West- und Nordeuropa um ein Prozent. Investitionen privater Haushalte (hauptsächlich in Wohngebäude) schrumpften, zogen dann aber rasch wieder an, gestützt von staatlichen Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen und verfügbarem Einkommen sowie der Preisentwicklung bei Wohnimmobilien. Am stärksten gingen die Unternehmensinvestitionen zurück: Zum Ende des zweiten Quartals 2021 lagen sie immer noch 0,22 Prozent unter dem Niveau vom Jahresende 2019 und 6,9 Prozent unter dem Trend der Jahre 2013–2019. Nach Anlageart betrachtet, sanken die Investitionen in Maschinen und Geräte am stärksten und erholten sich schleppender.

Mittlerweile werden gewisse Asymmetrien in der Schockwirkung und Erholung deutlich. Während der anfängliche Coronaschock alle Länder der Europäischen Union weitgehend gleich traf, wirkt sich die Pandemie nun weniger einheitlich aus, und die Investitionen erholen sich unterschiedlich schnell. Im zweiten Quartal 2021 lagen die realen Bruttoanlageinvestitionen in 20 EU-Ländern über dem vorpandemischen Niveau (gegenüber dem vierten Quartal 2019) und in 7 Ländern darunter.

¹ Mit Ausnahme von Irland, das mit einem Rückgang der statistisch erfassten Bruttoanlageinvestitionen um 76 Prozent einen Ausreißer bildete.

Die Pandemie führte zu einem starken Einbruch der Investitionen, besonders bei Unternehmen

Nominale Bruttoanlageinvestitionen in der Europäischen Union (Q4 2019 = 100), nach institutionellen Sektoren



Quelle: Eurostat, Berechnungen der EIB

Anmerkung: Daten ohne Irland

Viele europäische Firmen erlitten dramatische Umsatzrückgänge und kürzten Investitionen

Daten aus der Investitionsumfrage der Europäischen Investitionsbank (EIBIS)² offenbaren die vielfach ungleichmäßigen Auswirkungen der Krise auf Unternehmen. Rund 49 Prozent der EU-Firmen verzeichneten pandemiebedingt einen Umsatzrückgang, 21 Prozent dagegen einen Zuwachs. Eine geringe Produktivität (vor der Krise) erwies sich als starker Prädiktor für Umsatzeinbußen, während sich stärker digital aufgestellte Unternehmen etwas widerstandsfähiger zeigten. Kleine Firmen erlitten erhebliche Umsatzverluste (mindestens 25 Prozent) und waren häufiger betroffen als mittlere und große Firmen. Starke Unterschiede gibt es auch zwischen den einzelnen Sektoren: Massive Verluste machten etwa Verkehrsunternehmen, aber auch Hotels und Restaurants. Die Aufschlüsselung nach Ländern zeigt, dass der Anteil der Unternehmen, deren Umsätze sanken, von weniger als 40 Prozent in Dänemark und Schweden bis zu 60 Prozent in Malta reichte.

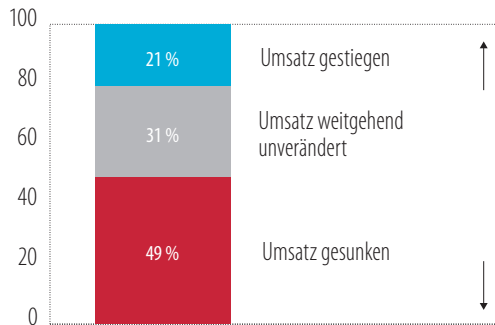
Viele betroffene Firmen stellten auch Investitionen zurück. Der Anteil der Unternehmen, die nach eigenen Angaben im Vorjahr investierten, sank von 86 Prozent in der EIBIS 2020 auf 79 Prozent in der EIBIS 2021. Angesichts sinkender Umsätze korrigierten 23 Prozent der Unternehmen ihre Investitionspläne nach unten und nur 3 Prozent nach oben. Je höher die Umsatzeinbußen im Jahr 2020, desto geringer war die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen Investitionen plante.

² EIBIS ist eine Umfrage unter 12 000 Firmen in der Europäischen Union, mit einer repräsentativen Vergleichsstichprobe von 800 Firmen in den Vereinigten Staaten und 600 Firmen im Vereinigten Königreich. Sie wird von der Abteilung Volkswirtschaftliche Analysen der EIB koordiniert. Im EIBIS-Zusatzmodul 2021 wurden zusätzlich KMU im verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor befragt, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen über die Auswirkungen von Covid-19, Investitionen in die Digitalisierung und Klimamaßnahmen, Investitionshindernisse und öffentliche Hilfen. Sofern nicht anders angegeben, stammen die Daten aus der EIBIS-Hauptbefragung.

Ergebnisüberblick

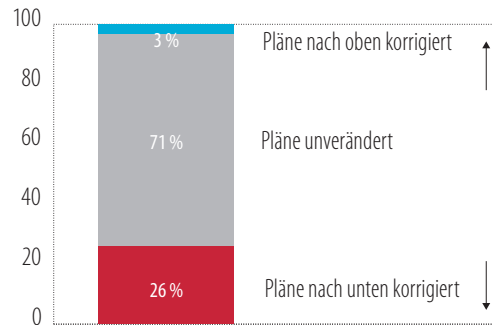
Fast die Hälfte der EU-Firmen hat seit Anfang 2020 pandemiebedingt Umsatzverluste erlitten

Anteil der Firmen



Ein Viertel der EU-Firmen korrigierte seine Investitionspläne in der Pandemie nach unten

Anteil der Firmen



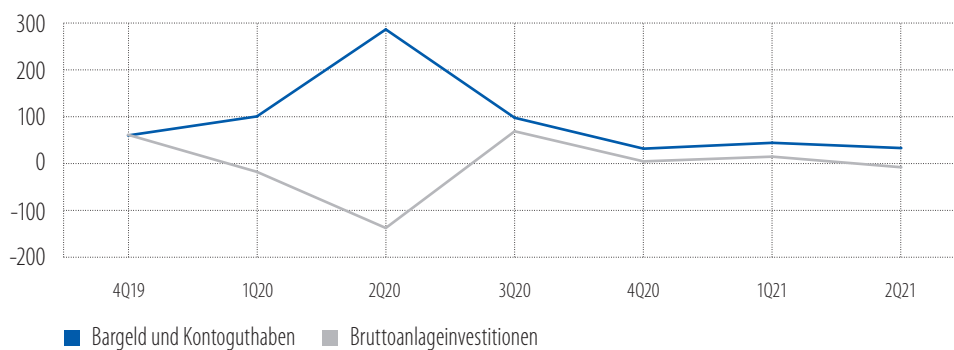
Quelle: EIBIS 2021

Hilfsmaßnahmen wirkten und sicherten den Fortbestand von Unternehmen

Die rasche Reaktion der Europäischen Union ermöglichte den Staaten, pandemiebedingte Einkommensverluste privater Haushalte weitgehend aufzufangen und Unternehmen vor der Insolvenz zu schützen. Angesichts extrem niedriger Zinsen versetzten drei wichtige Maßnahmen auf EU-Ebene die Mitgliedstaaten in die Lage, wirksam zu helfen: Erstens, die Aussetzung der Defizit- und Schuldenregeln des **Stabilitäts- und Wachstumspakts**, was eine abgestimmte finanzpolitische Reaktion der Länder ermöglichte. Zweitens, Zuschüsse und zinsgünstige Kredite für Firmen und Privatpersonen auf nationaler Ebene, die ergänzt wurden durch das Kurzarbeitsinstrument **SURE**, den **Europäischen Garantiefonds** und die Krisenhilfe des **Europäischen Stabilitätsmechanismus**. Und drittens, die umfangreichen Ankäufe von Staatsanleihen des Euroraums durch die Europäische Zentralbank. Durch diese Ankäufe blieben die Refinanzierungskosten der Staaten trotz steigender Verschuldung niedrig oder verringerten sich sogar. Die Unternehmen reagierten in der ersten Phase der Pandemie mit der Kürzung von Investitionen und der Aufnahme von Schulden. Damit bauten sie Liquiditätspolster auf, die auch eine schnelle Erholung der Investitionen in der zweiten Jahreshälfte 2020 erleichterten.

Unternehmen kürzten in der Pandemie zunächst Investitionen und nahmen Schulden auf, um Liquiditätspolster aufzubauen

Veränderung der Barbestände und Investitionen ggü. dem Vorquartal (in Mrd. EUR)



Quelle: Eurostat, Berechnungen der EIB; Bruttoanlageinvestitionen sind saisonbereinigt

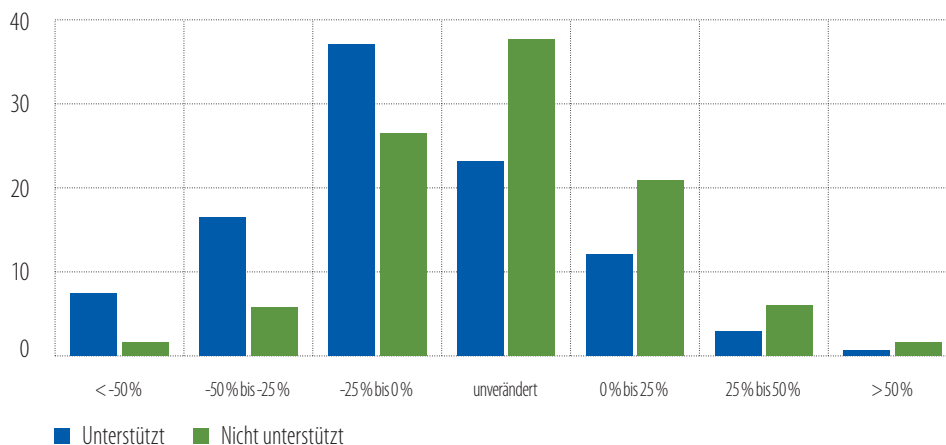
Öffentliche Hilfen kompensierten Einbußen bei den Primäreinkommen privater Haushalte und stützten die Nachfrage. Die Primäreinkommen privater Haushalte sanken zwar um 7,3 Prozent im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres, aber die Sekundäreinkommen (aus Sozial- und anderen Transferleistungen) stiegen im gleichen Zeitraum um insgesamt 6,5 Prozent des Bruttoeinkommens und glichen die Einbußen weitgehend aus. Mit Programmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen gelang es, die Kosten der Arbeitsuche und späteren Wiedereinstellung zu vermeiden und stellenspezifisches Fachwissen zu bewahren. Angesichts stabilisierter Einkommen und weniger Ausgabemöglichkeiten bauten die privaten Haushalte reichlich Ersparnisse in hochliquiden Anlagen auf, sodass sich die Konsumnachfrage kräftig erholte, als der Corona-Lockdown gelockert wurde. Mitte 2021 lag die Bruttosparquote noch immer bei 18 Prozent des verfügbaren Bruttoeinkommens in der Europäischen Union und damit über den vor der Pandemie üblichen 11–13 Prozent.

Im Gegensatz zur Finanz- und Staatsschuldenkrise verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen für kleinere und risikoreichere Kreditnehmer nicht. Auch die Fragmentierung innerhalb der Europäischen Union nahm nicht zu. Die Fremdkapitalkosten für Kleinkredite – ein guter Gradmesser für die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – fielen im ersten Halbjahr 2020 auf Tiefststände, und die Zinsdifferenzen zwischen großen Darlehen und Kleinkrediten sind seither dauerhaft gering. Im Gegensatz zur Staatsschuldenkrise haben sich die Unterschiede in den Finanzierungskosten für Unternehmen in schwächeren Volkswirtschaften (mit einer höheren öffentlichen Verschuldung) und Unternehmen in anderen Ländern nicht vergrößert. Demnach ist es mit den Finanzhilfen gelungen, eine erneute Fragmentierung der EU-Finanzmärkte abzuwenden. Die Risikoaufschläge blieben ebenfalls über die Anlageklassen hinweg stabil, außer in den allerersten Monaten der Krise. Entsprechend ist auch der Anteil der Unternehmen mit Finanzierungsproblemen gering geblieben (6,1 Prozent der KMU und 3,2 Prozent der Großunternehmen, gegenüber 5,8 Prozent und 3,9 Prozent im Jahr 2019). Allerdings gibt es weiterhin Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Während EU-weit im Schnitt 4,7 Prozent der Unternehmen über Finanzierungsprobleme klagten, stieg der Anteil in Mittel- und Osteuropa auf 8,6 Prozent.

Hilfen für Unternehmen waren überlebenswichtig und flossen nicht wahllos. EU-weit erhielten rund 56 Prozent der Firmen finanzielle Unterstützung in Form von Kreditgarantien, Zuschüssen zur Sozialversicherung oder zur Zahlungsstundung. Die Hilfen waren auf Unternehmen mit höheren Umsatzrückgängen zugeschnitten und erreichten so erfolgreich diejenigen Firmen, die besonders in Not waren. Wie aus einer detaillierteren Zusatzbefragung hervorgeht, wären bis zu 35 Prozent der europäischen KMU im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor ohne die Hilfen in Existenznot geraten.

Hilfen waren auf Firmen mit pandemiebedingt höheren Umsatzrückgängen zugeschnitten

Verteilung der unterstützten und nicht unterstützten Unternehmen (in %) nach Umsatzeffekt der Pandemie



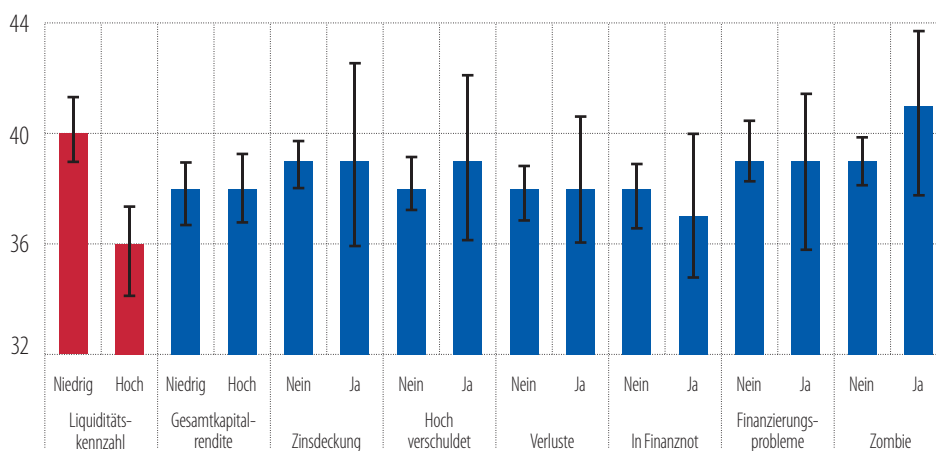
Quelle: EIBIS 2021, Berechnungen der EIB

Ergebnisüberblick

Hilfen sollten kurzfristigen Liquiditätsbedarf in der Krise decken, aber nicht bereits finanzschwache „Zombiefirmen“ stützen. Unternehmen mit dünnen Liquiditätspolstern erhielten deutlich häufiger als andere Firmen Finanzhilfen. Indikatoren für eine anhaltende Finanzschwäche, wie eine übermäßige Verschuldung, geringe Zinsdeckung oder niedrige Gesamtkapitalrendite, wirkten sich nicht wesentlich darauf aus, ob ein Unternehmen Unterstützung erhielt. Viele Programme waren vielmehr gezielt für Unternehmen konzipiert, die vor der Pandemie solide waren und nicht bereits in Schwierigkeiten steckten.

Hilfe bei kurzfristigem Liquiditätsbedarf – nicht für zuvor schon finanzschwache Firmen

Prognostizierte Wahrscheinlichkeit, dass Firmen Hilfe erhielten, nach vorpandemischen Indikatoren (in %)



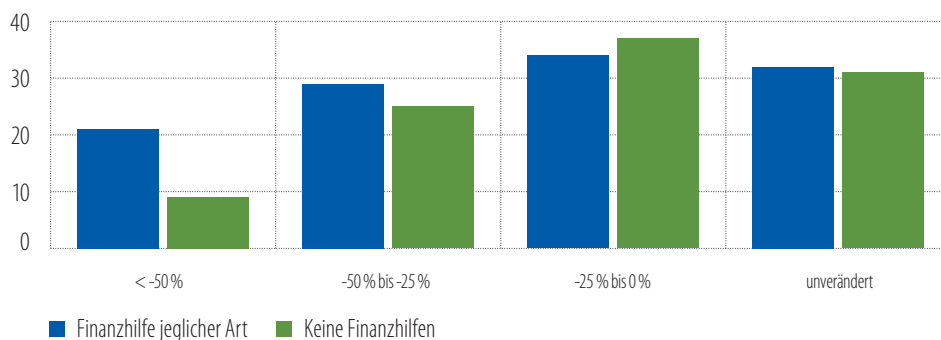
Quelle: EIBIS 2021, Berechnungen der EIB auf Basis des vorläufigen Datenbankabgleichs

Anmerkung: Rot eingefärbte Säulen zeigen Fälle, in denen der Unterschied erheblich ist. Prognostizierte Wahrscheinlichkeiten sind abhängig vom Umsatzverlust. Hilfe bezieht sich auf Beihilfen oder jede andere Art von finanzieller Unterstützung, einschließlich Lohnzuschüssen für Beschäftigte

Öffentliche Hilfen haben die Auswirkungen der Krise auf künftige Investitionen abgeschwächt. Bei Unternehmen, die Hilfe erhielten, korrelierten die Umsatzverluste deutlich schwächer mit einer Kürzung der Investitionspläne. Sie hielten eher an ihren Investitionsprogrammen fest und beschleunigten dadurch ihre Transformation.

Öffentliche Hilfen dämpften Auswirkungen der Krise auf künftige Investitionen

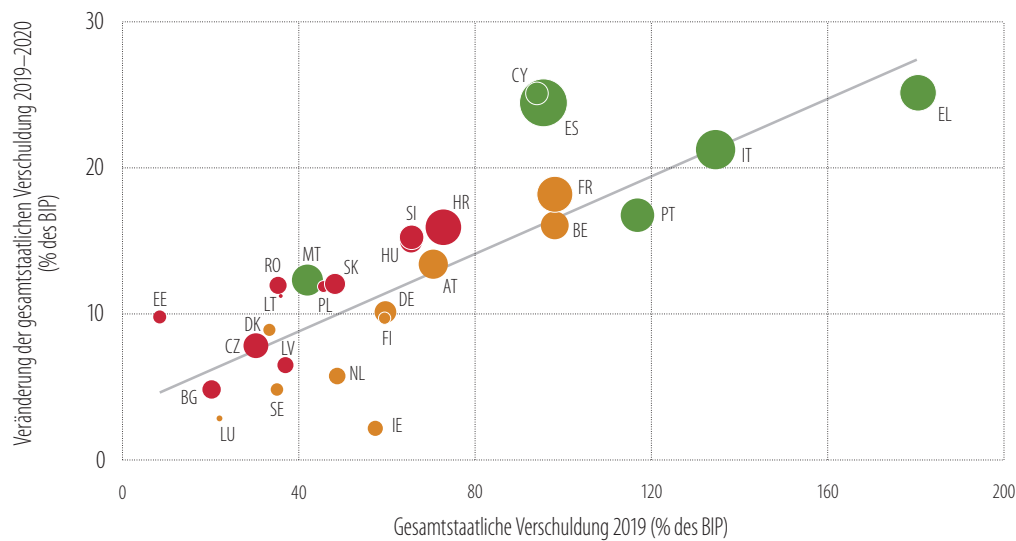
Anteil der Firmen (in %), die mehr investieren wollen, nach Umsatzeffekt der Pandemie



Quelle: EIBIS 2021, Berechnungen der EIB

Preis der massiven, erfolgreichen Hilfen ist eine steigende öffentliche Verschuldung, die potenzielle Risiken für die Zukunft birgt, vor allem in den schon zuvor höher verschuldeten EU-Ländern. Durch den Rückgang der Wirtschaftsleistung in Kombination mit höheren laufenden Ausgaben ist die Staatsverschuldung deutlich gestiegen. Ab 2014 war die Verschuldung in der Europäischen Union dank der Haushaltskonsolidierung gesunken, aber diese Fortschritte wurden 2020–2021 zunichtegemacht. Die Verschuldung liegt jetzt EU-weit über dem Niveau von 2014. Zudem schrumpfte das BIP in den höher verschuldeten Mitgliedstaaten stärker, sodass die Verschuldungsquote dort deutlicher gestiegen ist. Die Fremdkapitalkosten sind bislang zwar nicht unter Druck, aber wenn der haushaltspolitische Rahmen der Europäischen Union wieder in Kraft gesetzt wird und die Geldpolitik zur Normalität zurückkehrt, wird die hohe Staatsverschuldung zum Problem.

Hoch verschuldete Länder mussten in der Pandemie mehr Mittel aufnehmen



Quelle: Eurostat, Berechnungen der EIB

Anmerkung: Farben geben EU-Region an (West- und Nordeuropa orange, Mittel- und Osteuropa rot und Südeuropa grün)
Die Kreisgröße entspricht dem BIP-Rückgang im Jahr 2020

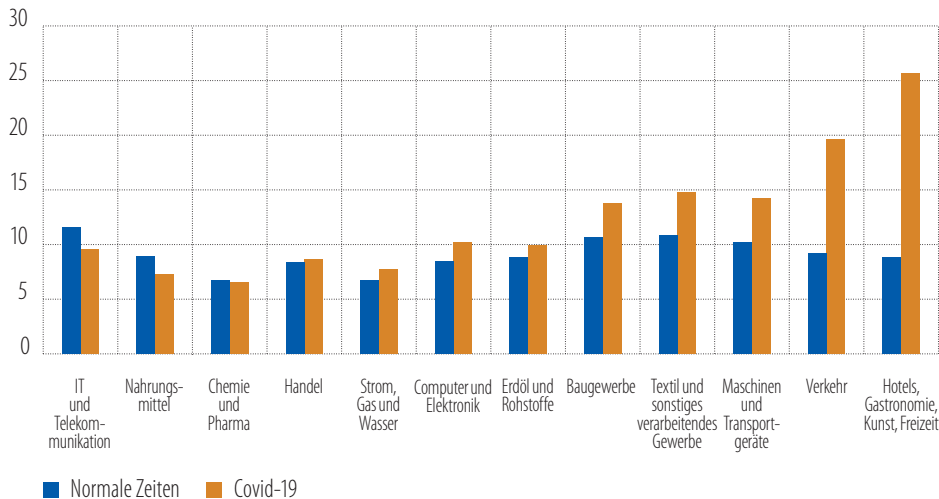
Europas Wirtschaft hat schwere Narben vermieden, aber für manche Firmen, Regionen und Beschäftigte bleiben Risiken

Die meisten Unternehmen überstehen die Krise, aber manche Sektoren sind anfällig geworden

Covid-19 hat Unternehmen und Sektoren unterschiedlich hart getroffen. Die EIBIS-Daten zeigen deutliche Unterschiede im Anteil der Unternehmen, die Umsatzverluste verbuchten – selbst wenn man die Daten bereinigt um die Härte der Betroffenheit einzelner Länder. Wir haben die EIBIS-Daten mit den nach Sektoren aufgeschlüsselten monatlichen Umsatzstatistiken abgeglichen und geschätzt, inwieweit die Unternehmen mit Kostensenkungen auf Umsatzrückgänge reagieren konnten. Auf dieser Grundlage haben wir in einer ersten Schätzung den Anteil der Firmen berechnet, die in der Pandemie Geld verloren haben. Daraus ergibt sich, dass die Krise die einzelnen Sektoren unterschiedlich hart getroffen hat. In der Hotelbranche und Gastronomie, im Kunst- und Freizeitsektor hat sich die Zahl der Firmen, die Verluste machten, gegenüber normalen Zeiten fast verdreifacht (auf rund 25 Prozent). Auch der Verkehrssektor ist stark betroffen. Viele andere Branchen haben die Krise dagegen nur geringfügig zu spüren bekommen. Im IT- und Telekommunikationssektor, der Lebensmittelbranche und der Pharmaindustrie ist der Anteil der Unternehmen, die Verluste meldeten, sogar gesunken.

Pandemie belastet Unternehmensgewinne stark sektorabhängig

EU-Firmen (in %), die 2021 Verluste verbuchten (projiziert), ggü. normalen Zeiten, nach Sektoren



Quelle: EIB-Schätzungen auf der Basis eines Abgleichs historischer Daten aus EIBIS und ORBIS sowie Umsatzstatistiken von Eurostat

Anmerkung: Der Covid-19-Zeitraum umfasst 2020 bis 2021

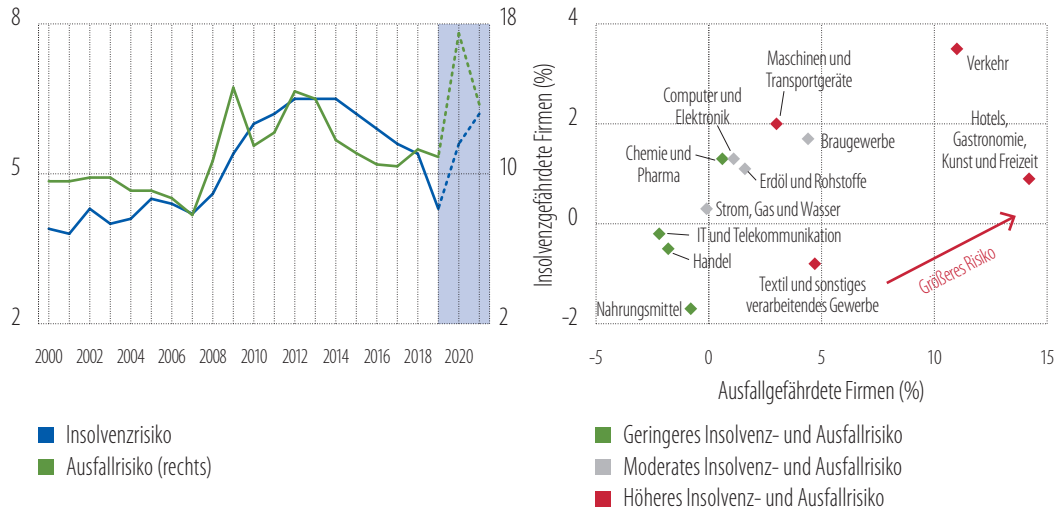
Ein wesentlicher Faktor war die Firmengröße; kleinere Firmen haben häufiger unter der Krise gelitten. Selbst nach Bereinigung um Länder- und Sektoreffekte erweist sich die Firmengröße als ein weiterer maßgeblicher Faktor dafür, ob Unternehmen in der Pandemie Umsatzverluste verzeichneten. Bei den kleinen und Kleinstunternehmen lag der Anteil einige Prozentpunkte höher als bei den großen und mittleren Unternehmen.

Der Anteil ausfall- oder insolvenzgefährdeter Firmen ist in bestimmten Sektoren ebenfalls gestiegen. Verbindet man die geschätzten Gewinnveränderungen mit Bilanzmerkmalen, lassen sich zwei Indikatoren schätzen: ausfallgefährdete Firmen (deren Umsatzerlöse die Finanzierungskosten nicht decken) und insolvenzgefährdete Firmen (deren Verluste das Eigenkapital übersteigen). Der geschätzte Anteil ausfallgefährdeter Firmen schoss in der Frühphase der Pandemie nach oben, ist seither aber dank der umfangreichen Liquiditätshilfen durch die Länder und EU-Institutionen zurückgegangen. Der geschätzte Anteil insolvenzgefährdeter Firmen ist demgegenüber stetig gestiegen, sodass Solvenzhilfen in Betracht gezogen werden sollten. Mitte 2021 lagen beide Indikatoren auf einem ähnlichen Niveau wie auf dem Höhepunkt der Finanz- und Staatsschuldenkrise. Bei Aufschlüsselung der Schätzwerte nach Sektoren wird deutlich, dass sich die Vulnerabilität auf die am stärksten betroffenen Sektoren konzentriert.

Anteil der ausfall- oder insolvenzgefährdeten Firmen ist gestiegen (in %)

Ausfall- und Insolvenzrisiko konzentriert sich auf einige Sektoren

Abweichung 2021 vom Vorkrisen-Durchschnitt (in %-Punkten)



Quelle: EIB-Schätzung auf Basis eines Abgleichs von EIBIS- und ORBIS-Daten

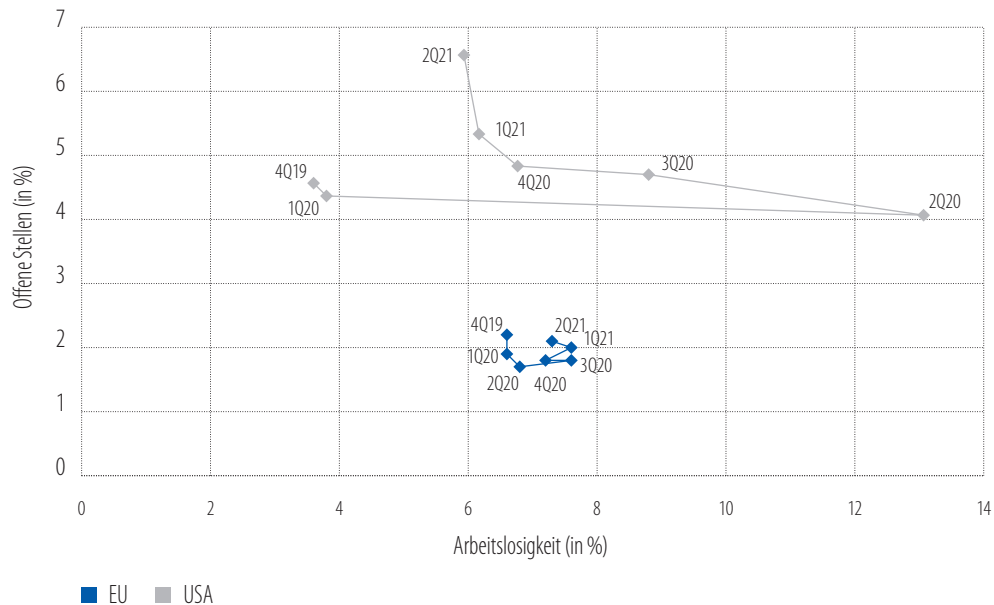
Die Zahl der Insolvenzen ist bislang erstaunlich gering, könnte aber trotz der Erholung noch steigen. Aus den Daten geht hervor, dass die Zahl der gefährdeten Firmen wächst, obwohl die Insolvenzanmeldungen rückläufig sind, zum Teil wegen Zahlungsaufschüben. Möglicherweise hat sich daher ein Rückstau an eigentlich insolventen Firmen aufgebaut. Entsprechend besteht auch das Risiko, dass im Falle einer Zunahme fauler Kredite die Kreditbedingungen verschärft werden. Wenngleich also durchaus Einigkeit darüber besteht, dass die Hilfsmaßnahmen eine schwere Krise der Aktiva-Qualität abgewendet haben, bleibt unklar, in welchem Maße sich Vulnerabilität häufen wird und unter bestimmten Umständen diese systemisch werden könnte.

Unterstützung half, Humankapital zu erhalten, konnte aber nicht verhindern, dass die soziale Ungleichheit wuchs und weniger in Aus- und Fortbildung investiert wurde

Europa hat es geschafft, Arbeitsplätze zu sichern und einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Damit wurden auch Spannungen durch Neuanwerbung von Arbeitskräften in der Erholung vermieden. In Europa hielten Programme für Beurlaubungen und Kurzarbeit Beschäftigte in Arbeit; viele konnten auch dank der Lockerung der Insolvenzantragspflicht ihren Arbeitsplatz behalten. Die Vereinigten Staaten hingegen unterstützten private Haushalte und Unternehmen mit direkten Transferleistungen und Krediten – unabhängig davon, ob Arbeitsplätze erhalten blieben. Deshalb stieg die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten wesentlich stärker, obgleich hier wie dort die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden um rund 15 Prozent sank. Bislang gelingt Europa eine sanftere Anpassung am Arbeitsmarkt, weitgehend ohne die Fehlanpassungen, die sich in den Vereinigten Staaten in der Erholung nun zeigen. Gleichwohl dürfte die digitale und grüne Wende in Zukunft einen Strukturwandel der Wirtschaft erfordern, der mit der Verschiebung von Arbeitsplätzen zwischen Sektoren einhergeht. Diesen Prozess könnten die erfolgreichen Arbeitsmarktmaßnahmen in der Europäischen Union letztendlich verzögern.

EU-Maßnahmen dämpften Beschäftigungswirkung und minderten in der Erholung Spannungen am Arbeitsmarkt

Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen in der EU und den USA während der Pandemie



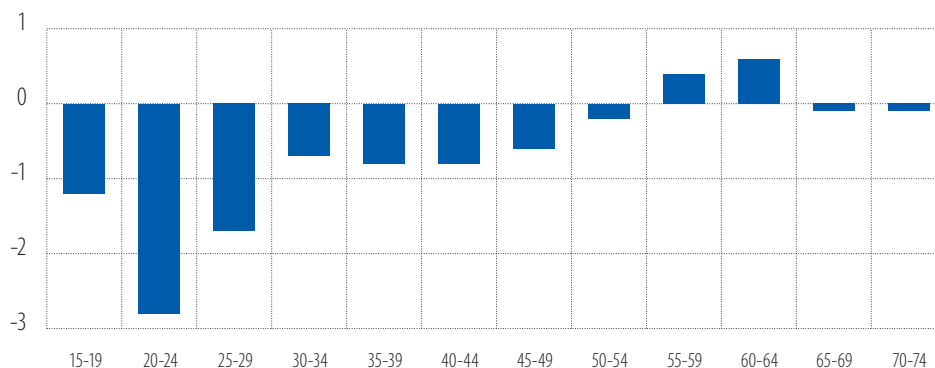
Quelle: Bureau of Labor Statistics, Eurostat, Berechnungen der EIB

Anmerkung: In den USA offene Stellen im Privatsektor, in der EU offene Stellen außerhalb der Landwirtschaft

Am Arbeitsmarkt verschlechterte sich die Lage für die jungen und gering qualifizierte Menschen. Negative Beschäftigungseffekte hielten sich zwar insgesamt in Grenzen, betrafen aber vor allem die unter Dreißigjährigen und geringer Qualifizierten. Sie spiegeln Unterschiede in der Exposition beider Gruppen gegenüber den Wirtschaftssektoren, Unterschiede in den arbeitsvertraglichen Regelungen und die pandemiebedingten Schwierigkeiten junger Menschen bei der Arbeitssuche wider.

Beschäftigung sank am stärksten unter jungen Menschen

EU-weite Beschäftigungsquote im Jahresvergleich, 1. Quartal 2021 (in %-Punkten)



Quelle: Eurostat, Berechnungen der EIB

Schulschließungen haben soziale Ungleichheiten zusätzlich verschärft und belasten benachteiligte Kinder stärker. Eine Regressionsanalyse anhand von Daten aus Bildungsumfragen ergab, dass Faktoren wie der elterliche Bildungshintergrund, die wirtschaftliche Lage der Familie und ein Migrationshintergrund häufig den Lernerfolg im Fernunterricht beeinflussen. Sie haben Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das Lernumfeld zu Hause, aber auch darauf, wie gut die besuchte Schule digital aufgestellt ist.

Der Anteil der Unternehmen, die in Schulungsmaßnahmen investierten, ging zurück, trotz staatlicher Hilfen, welche darauf abzielten, die Beschäftigten in Arbeit zu halten. Der Rückgang war zwar nicht gravierend, aber er verschärfte bestehende strukturelle Schwächen zusätzlich. Der Fachkräftemangel ist das meistgenannte Investitionshindernis bei Unternehmen.

Die Erholung sollte als Chance für Umschulungen und die Verbesserung der Qualifikation genutzt werden, aber bislang ist das nicht geschehen. Für fast 80 Prozent der europäischen Unternehmen ist der Mangel an Arbeitskräften mit der erforderlichen Qualifikation ein Investitionshindernis, und die digitale und grüne Wende schafft noch zusätzlichen Qualifikations- und Umschulungsbedarf. Deshalb müssen Schulungen am Arbeitsplatz und die Erwachsenenbildung dringend ausgebaut werden. Lockdowns, Teleworking und die Beurlaubung von Beschäftigten haben dies jedoch erschwert. Gleichzeitig hat die erhöhte Unsicherheit Unternehmen davon abgehalten, in die Qualifikation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren. Besonders bei kleinen Firmen litten Umschulungen unter der insgesamt geringeren Investitionstätigkeit.

Asymmetrische Auswirkungen der Krise gefährden die Konvergenz und Kohäsion

Die Pandemie könnte wirtschaftliche Ungleichheiten in der Europäischen Union vergrößern, weil viele stark betroffene Länder weniger haushaltspolitischen Reaktionsspielraum haben. Besonders anfällig für die Lockdown-Folgen sind Mitgliedstaaten mit einem relativen hohen Beschäftigungsanteil im Sektor der persönlichen Dienstleistungen. Dazu zählen die meisten EU-Länder, deren Staatsverschuldung vor der Pandemie bei 100 Prozent des BIP oder darüber lag. Die Bandbreite zwischen den Refinanzierungskosten verschiedener EU-Länder begann sich vor dem Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) der Europäischen Zentralbank (EZB) zu vergrößern und schürte die Sorge vor einer Fragmentierung, wenn das Programm ausläuft.

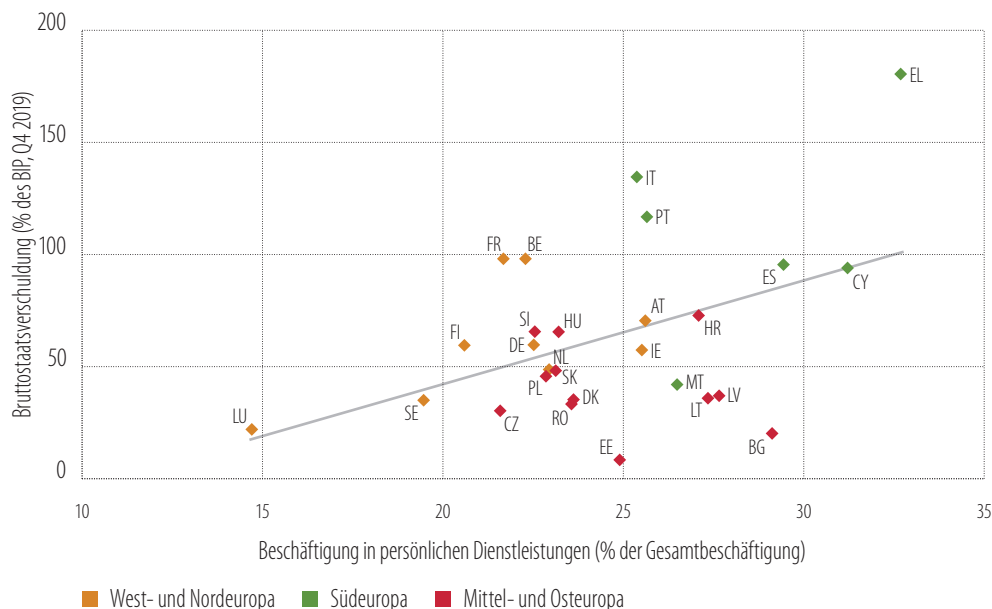
Die Hilfsmaßnahmen drückten jedoch die Kosten für fast alle EU-Mitglieder, wovon die hochverschuldeten Länder am meisten profitierten. Zwischen Anfang und Ende 2020 sanken die Refinanzierungskosten für fast alle Mitgliedstaaten. Dabei verringerten sich die Zinsspannen für die am höchsten verschuldeten Länder am stärksten. Vor allem die Ankündigung des PEPP und der Aufbau- und Resilienzfazilität zeigten unmittelbar Wirkung.

Gleichwohl schwankten die kurzfristigen wirtschaftlichen Effekte in der Europäischen Union erheblich und könnten langfristige Auswirkungen haben, weil sich die am stärksten betroffenen Länder langsamer erholen. Je nach Bedeutung der einzelnen Sektoren und Strenge der Schutzmaßnahmen ging die Wirtschaftsleistung sehr unterschiedlich zurück. In Frankreich, Italien, Portugal und Spanien schrumpfte das BIP bis Mitte 2020 um 18 Prozent oder mehr. Zudem korreliert die Höhe des anfänglichen BIP-Rückgangs stark mit der anhaltenden Kluft, die seither besteht. Auch Mitte 2021 lag das BIP in den genannten Ländern unter dem Niveau von 2019.

Firmen in einkommensschwächeren Regionen erwarten eher, dass die Pandemie einen anhaltenden Beschäftigungsrückgang nach sich zieht. Insgesamt rechnen 13 Prozent der Unternehmen in Europa damit, in den weniger entwickelten Regionen sind es 19 Prozent. Dabei mag die Sorge über eine beschleunigte Digitalisierung und Automatisierung infolge der Coronakrise eine Rolle spielen. In den schwächeren Regionen erwarten mehr Firmen, dass die Automatisierung Arbeitsplätze kostet, und investieren daher weniger in die Qualifikation ihrer Beschäftigten. Gleichzeitig geben einige Länder, in denen viele einkommensschwache Regionen liegen, tendenziell weniger Geld für eine aktive Arbeitsmarktpolitik aus.

Ergebnisüberblick

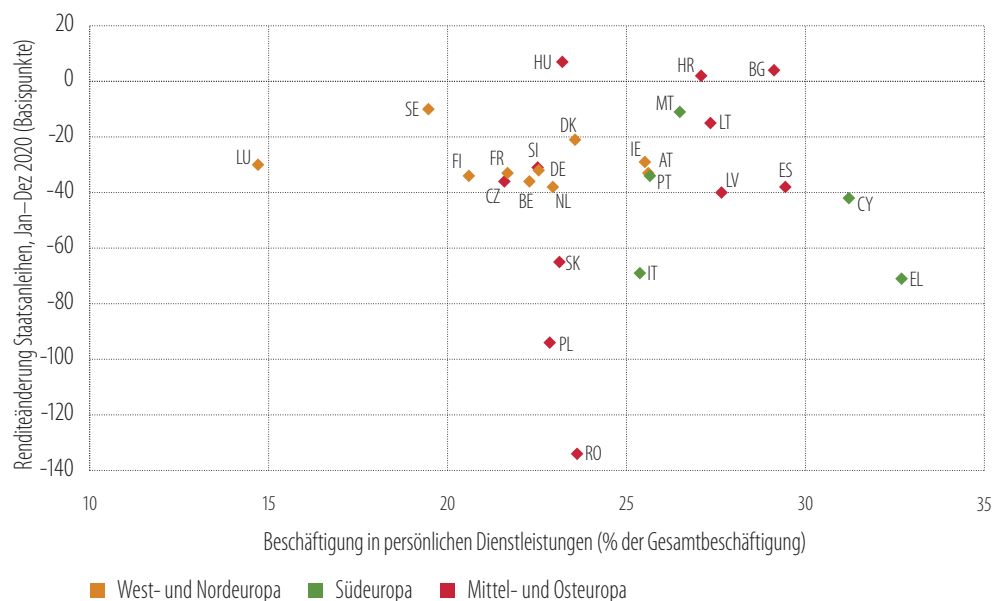
Stärker betroffene Länder gingen mit höherer Staatsverschuldung in die Pandemie ... Staatsverschuldung 2019 und Beschäftigung in persönlichen Dienstleistungen



Quelle: Eurostat, Berechnungen der EIB

Anmerkung: Persönliche Dienstleistungen betreffen die NACE-Codes G bis I (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union)

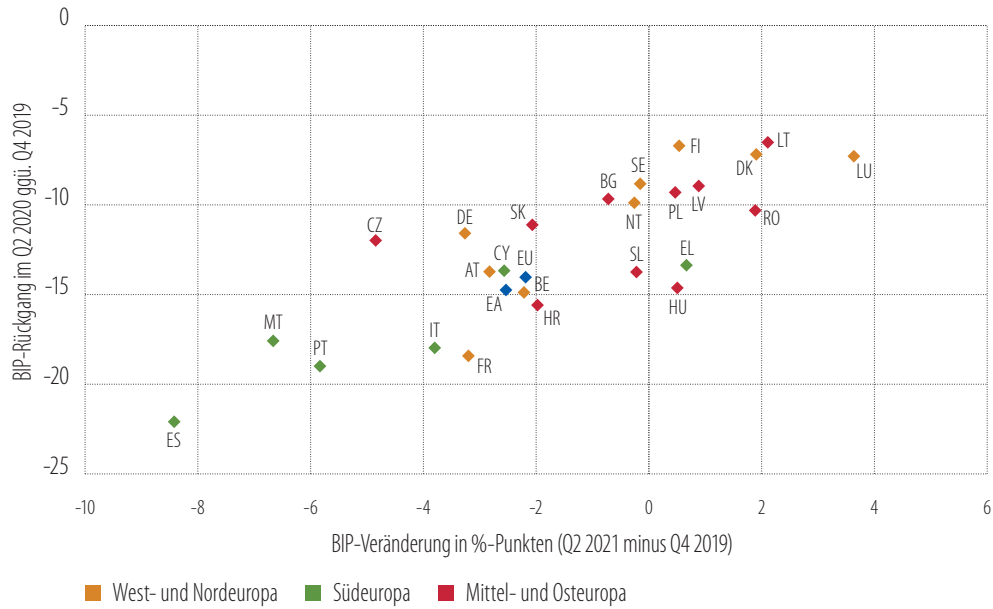
... aber ihre Refinanzierungskosten blieben weitgehend stabil oder sanken sogar Veränderung der Renditen auf Staatsanleihen im Jahr 2020 und Beschäftigung in persönlichen Dienstleistungen



Quelle: Eurostat, EZB, Berechnungen der EIB

Anmerkung: Die Y-Achse gibt die Differenz der Durchschnittsrenditen auf zehnjährige Staatsanleihen zwischen Dezember und Januar 2020 an

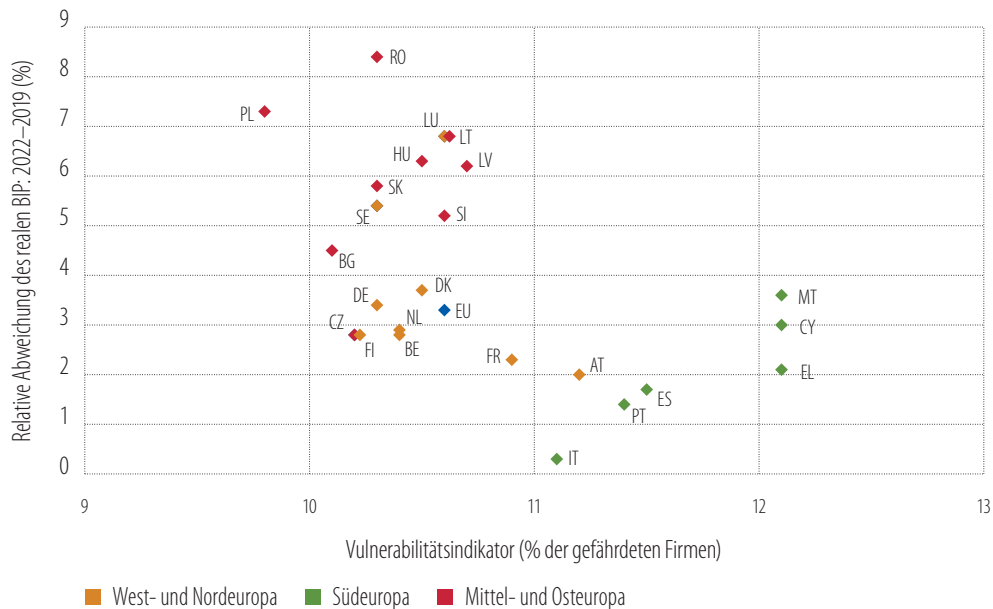
Länder mit dem stärksten BIP-Einbruch in der Pandemie holen nicht auf



Quelle: Eurostat, Berechnungen der EIB

Anmerkung: Die X-Achse gibt die BIP-Veränderung in Prozentpunkten bis zum zweiten Quartal 2021 an (viertes Quartal 2019 = 100)

Länder, die sich am langsamsten erholen, haben die stärkste Konzentration an vulnerablen Firmen



Quelle: EIB-Schätzungen auf der Grundlage von Prognosen der Europäischen Kommission, EIBIS-ORBIS-Datenbasis

Anmerkung: Vulnerabilitätsindikator ist der Durchschnitt des geschätzten Ausfall- und Insolvenzrisikos

Viele europäische Unternehmen nutzen die Erholung als Sprungbrett für strukturelle Veränderungen

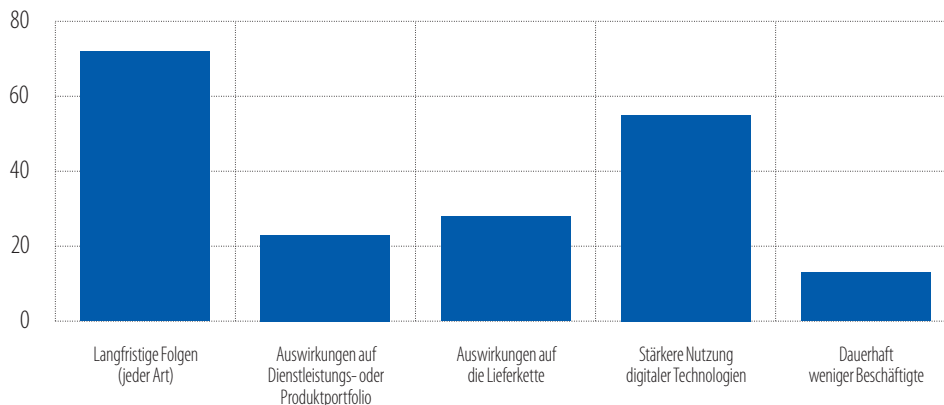
Die Pandemie beschleunigt den Strukturwandel, und die Unternehmen in Europa sehen zunehmend Handlungsbedarf bei Digitalisierung und Klimaschutz

Die Pandemie beschleunigt den Strukturwandel der Wirtschaft. Für die meisten europäischen Firmen ist die Pandemie bisher relativ glimpflich verlaufen. Jetzt müssen sie sich allerdings umstellen, nicht zuletzt mit Blick auf die Nachfrage nach ihren Produkten und Probleme mit ihren Lieferketten. Knapp über ein Viertel der Unternehmen in der EU rechnen mit langfristigen Folgen der Pandemie für ihre Lieferketten; 23 Prozent glauben, dass sie künftig einen anderen Produktmix anbieten und neue Wege gehen müssen. Ein Indikator dafür, dass die zyklische Erholung Lieferengpässe verschärft, ist die Beurteilung der Investitionshindernisse durch die Unternehmen. Mit dem Aufschwung sehen deutlich mehr Firmen den Fachkräftemangel, die Energiekosten und die Verkehrsinfrastruktur als Hürde, während sie die Unsicherheit als weniger belastend empfinden.

Weiter an Bedeutung gewonnen hat die Digitalisierung. Rund 55 Prozent der Unternehmen sehen hier infolge der Pandemie langfristig mehr Bedarf. Der Anteil der Firmen, die die digitale Infrastruktur als Investitionshindernis sehen, ist auf 45 Prozent gestiegen.

Die meisten EU-Firmen rechnen mit langfristigen Folgen der Pandemie für ihr Geschäft

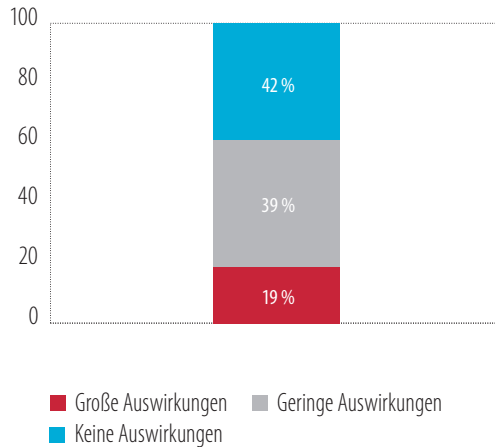
Langfristige Coronafolgen – Erwartungen europäischer Unternehmen (% der Firmen)



Quelle: EIBIS 2021

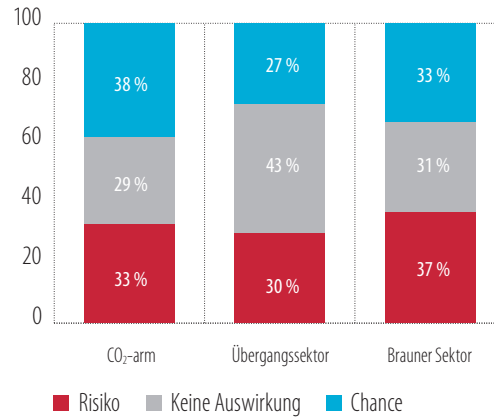
Die Firmen berücksichtigen bei ihren Strategien auch Klimamaßnahmen. Rund 58 Prozent der Unternehmen in der EU sehen sich von den physischen Risiken des Klimawandels betroffen – vor allem in Regionen, in denen es zu Wetterextremen kam. Auch die Risiken, die der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit sich bringt, beschäftigen Firmen. Das gilt insbesondere für „braune“ Sektoren (wo vor allem Risiken gesehen werden) und für „grüne“ Sektoren (in denen Firmen eher Chancen wahrnehmen). Die Unternehmen dürften sich künftig noch stärker mit Transitionsrisiken befassen, da sie zunehmend über Emissionen informieren müssen und auch der Finanzsektor verstärkt über sein Portfoliorisiko berichten muss. Hier ist die Größe ein Faktor: Kleinere Unternehmen sind sich der künftigen Herausforderungen weniger bewusst.

Die meisten europäischen Firmen sehen sich vom Klimawandel bereits betroffen



Quelle: EIBIS 2021
Anmerkung: Eindruck der Firmen, ob physische Klimarisiken (wie Extremwetter) sie beeinträchtigen

Die Wahrnehmung der Klimawende bei den europäischen Unternehmen hängt vom Sektor ab



Quelle: EIBIS 2021
Anmerkung: Sektoreinteilung gemäß dem Rahmen der EIB für die Bewertung der Klimarisiken auf Basis des Transitionsrisikos

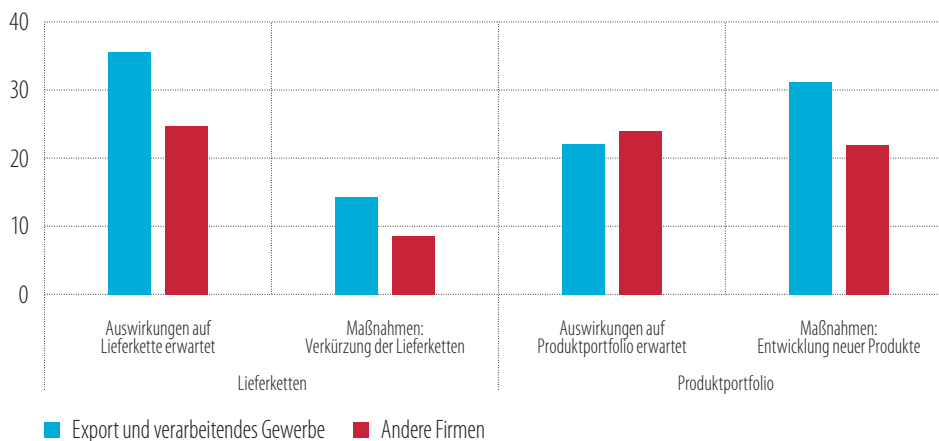
Viele Firmen müssen ihre Transformation pandemiebedingt beschleunigen

Viele Unternehmen haben ihre Transformationsbemühungen verstärkt – gerade bei der Digitalisierung. Laut der EIBIS-Zusatzbefragung haben 27 Prozent der europäischen KMU im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor die Krise genutzt, um ihre Transformationspläne voranzutreiben. Etwa 46 Prozent der Unternehmen in der EU geben an, digitaler geworden zu sein. Von den Firmen, die noch keine modernen Digitaltechnologien verwenden, nutzten 34 Prozent die Krise, um mit der Digitalisierung zu beginnen. Allerdings zeigt sich, dass die Unternehmen während der Pandemie den leichten Teil des Digitalisierungsprozesses eingeleitet haben. Der Ausbau modernster Digitaltechnik machte 2020–2021 insgesamt keine Fortschritte. Mit rund 61 Prozent der Firmen blieb der Stand unverändert.

Angesichts der globalen Probleme strukturieren europäische Unternehmen auch ihre Lieferketten neu. Aggregierte Daten belegen bereits Veränderungen der Lieferketten, wie beispielsweise eine stärkere Diversifizierung und eine geringere geografische Konzentration von Lieferanten. Den EIBIS-Daten zufolge entwickeln mehr als 30 Prozent der Firmen im Exportsektor und im verarbeitenden Gewerbe pandemiebedingt neue Produkte, Dienstleistungen oder Prozesse, knapp 15 Prozent kürzen ihre Lieferketten.

Die Firmen verstärkten ihre Klimaanstrengungen 2021 wieder. Demnach zählt sich die Vorreiterrolle der EU beim Klima offenbar aus. Der Anteil der Unternehmen, die in die Bewältigung des Klimawandels investieren, stagniert zwar, allerdings planen jetzt mehr Unternehmen Klimainvestitionen (Anstieg von 41 Prozent auf 47 Prozent), nachdem der Anteil 2020 rückläufig war. In den Vereinigten Staaten haben nur 28 Prozent der Unternehmen bereits investiert, und nur 40 Prozent planen dies. Die regulatorische Verschärfung der Rechenschaftspflicht bei CO₂-Emissionen und beim Klimarisiko zeigt offenbar Wirkung: So führen 46 Prozent der EU-Unternehmen Monitoring-Ziele für CO₂-Emissionen und den Energieverbrauch ein, und das ist mit Investitionen verbunden. Firmen investieren eher, wenn sie in der Klimawende eine Chance sehen. Dagegen scheinen negative Transitionsrisiken noch nicht voll berücksichtigt oder eingepreist zu sein.

Im Export- und verarbeitenden Gewerbe erwarten die Firmen größere pandemiebedingte Auswirkungen auf die Lieferketten und ergreifen eher Maßnahmen als andere Firmen
(% der Firmen)



Quelle: EIBIS 2021

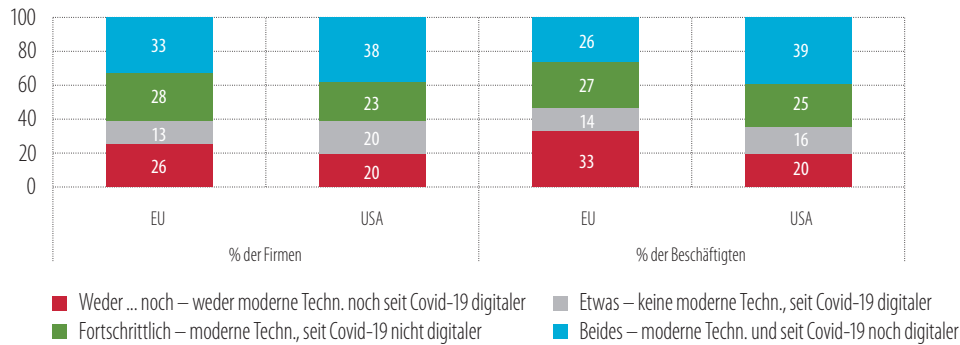
So weit, so gut – aber jetzt drohen Asymmetrien

Die Kluft zwischen Unternehmen, die die Digitalisierung schneller vorantreiben, und den Nachzüglern scheint zu wachsen – mit Folgen für die Beschäftigung

EU-Unternehmen treiben die Digitalisierung als Reaktion auf die Coronakrise voran, aber in geringerem Maße als US-Firmen. Rund 46 Prozent der EU-Firmen haben in der Pandemie verstärkt digitalisiert, gegenüber 58 Prozent in den Vereinigten Staaten. Auch der Anteil der Firmen, die bereits modernste Digitaltechnologien eingeführt haben, ist in den Vereinigten Staaten höher: 66 Prozent gegenüber 61 Prozent in der Europäischen Union.

In der Europäischen Union entschlossen sich Unternehmen, die bereits modernste Digitaltechnologien nutzten, eher dazu, die Digitalisierung in der Pandemie weiter voranzutreiben. Damit wird es für die Nachzügler noch schwerer, zu ihnen aufzuschließen. Fast die Hälfte der Unternehmen, die bereits modernste Digitaltechnologien nutzten, gaben an, ihre Digitalisierung in der Pandemie fortgesetzt zu haben. Unter den digital weniger fortschrittlichen Unternehmen gab dies nur ein Drittel an. 26 Prozent der EU-Firmen fallen in die Kategorie „weder ... noch“. Sie sind weder digital fortschrittlich noch haben sie die Pandemie genutzt, sich stärker digital aufzustellen. In den Vereinigten Staaten gilt dies nur für 18 Prozent der Unternehmen.

Ein Drittel der EU-Beschäftigten arbeitet in Firmen, die weder moderne Digitaltechnologien nutzen noch in der Pandemie digitalisiert haben

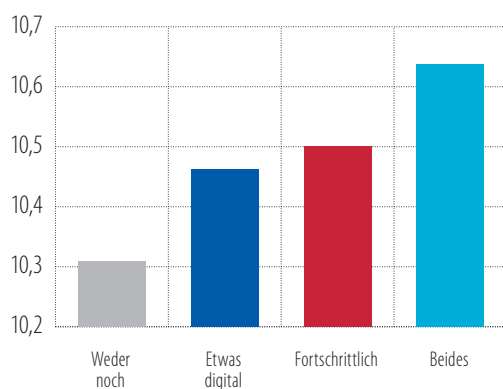


Quelle: EIBIS 2021, strukturelle Unternehmensstatistiken von Eurostat und OECD, US Census Bureau

Firmen, die die Digitalisierung nicht vorantreiben, sind meist in vielerlei Hinsicht weniger transformativ. Der Digitalisierungsgrad der Unternehmen richtet sich stark nach ihrer Größe: 41 Prozent der europäischen Klein- und Kleinstunternehmen fallen in die Kategorie „weder ... noch“. Sie sehen die Pandemie seltener als Grund, ihr Produktportfolio weiterzuentwickeln, und es ist weniger wahrscheinlich, dass sie in den nächsten drei Jahren investieren. Außerdem sind sie meist weniger innovativ (sie investieren proportional weniger in Forschung und Entwicklung) und weniger produktiv, zahlen niedrigere Löhne und Gehälter und haben seit Jahresbeginn 2020 zu einem geringeren Teil Arbeitsplätze geschaffen. Diese Firmen sehen offenbar keine Notwendigkeit zur Digitalisierung und Innovation.

Die wachsende digitale Kluft birgt Risiken für den Arbeitsmarkt. In Europa hängen 33 Prozent der Arbeitsplätze mit Unternehmen zusammen, die sich nicht um die Digitalisierung kümmern, gegenüber 20 Prozent in den Vereinigten Staaten. Diese „Schlafwandler“ unter den Firmen zahlen auch meist niedrigere Löhne und Gehälter und schaffen weniger Arbeitsplätze. Während der Pandemie hinkten sie zudem bei der Schulung ihrer Beschäftigten hinterher.

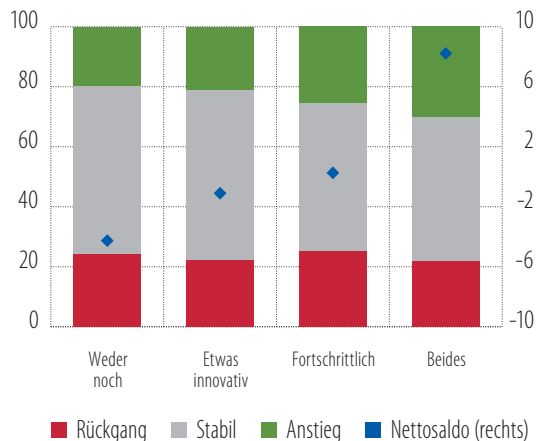
Unternehmen, die weder modernste Digitaltechnik nutzen noch digitalisiert haben, zahlen meist weniger
Medianeinkommen je Beschäftigten nach Digitalisierungskategorie (log. Skala)



Quelle: EIBIS 2021

Modernste Digitalunternehmen, die noch digitaler wurden, schufen trotz der Pandemie Jobs

Wirkung auf die Beschäftigung nach Digitalisierungskategorie (linke Achse: % der Firmen; rechte Achse: Nettosaldo in %-Punkten)



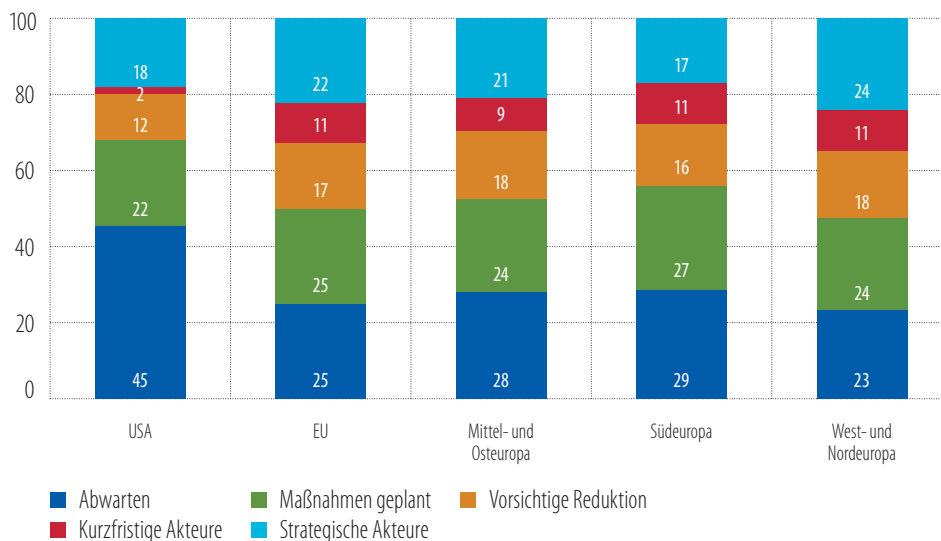
Quelle: EIBIS 2021

Viele Firmen bewegen sich langsam in Richtung Klimawende

In puncto Klimawende gibt es Unternehmen, die bereits investiert haben, Unternehmen, die (weitere) Maßnahmen planen, und diejenigen, die zunächst „abwarten“. Die 25 Prozent der Firmen, die nicht investieren, dies nicht planen und sich keine Ziele setzen, sind meist eher kleine als große Unternehmen. Auch zwischen den Ländern gibt es merkliche Unterschiede. Europa hat allerdings deutlich weniger Unternehmen, die zur Kategorie „Abwarten“ zählen, als die Vereinigten Staaten (dort sind es 45 Prozent).

Ein Viertel der EU-Unternehmen zeigt sich bei der Klimawende abwartend – ein geringerer Anteil als in den Vereinigten Staaten

(% der Firmen)



Quelle: EIBIS 2021

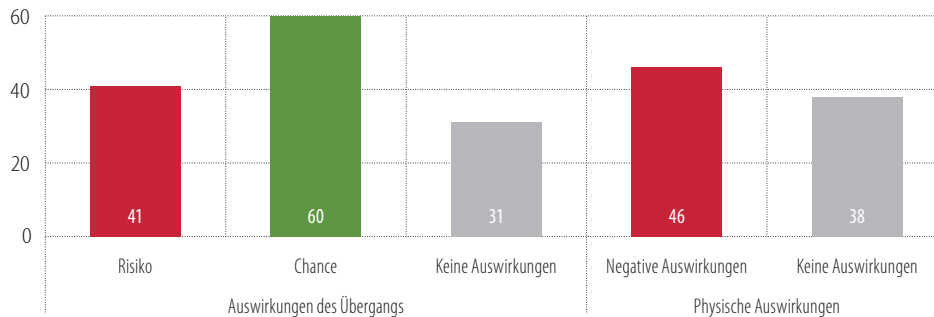
Die Wahrnehmung der Risiken und Chancen des Klimawandels und der grünen Wende bestimmt die Klimamaßnahmen der Unternehmen. Eine Regressionsanalyse zeigt, dass die Wahrnehmung der Auswirkungen von Klimawandel und grüner Wende durch die Unternehmen und ihr Bewusstsein dafür die stärksten Investitionstreiber sind. Firmen, die hier Chancen erkennen, investieren fast doppelt so häufig in Klimamaßnahmen wie Unternehmen, die keine Auswirkungen erwarten (60 Prozent ggü. 31 Prozent). Wird die Klimawende als Risiko wahrgenommen, sinkt der Investitionsanreiz. Die Überwindung von Informationsbarrieren scheint bei Klimainvestitionen wichtig zu sein. Firmen investieren deutlich häufiger, wenn sie Klimabeauftragte haben, Klimaziele festlegen oder Energieaudits durchführen.

Ein großer Teil der Firmen aus Übergangssektoren, d. h. Sektoren, die weder „grün“ noch „braun“ sind, glaubt nicht, dass sich der Übergang zur Klimaneutralität auf das eigene Geschäft auswirkt. Wenig überraschend beurteilen Unternehmen in „grünen“ oder „braunen“ Sektoren, die am direktesten von der Klimawende betroffen sein dürften, die Wende eher als positiv bzw. negativ. Firmen in anderen Sektoren sind möglicherweise weniger betroffen oder nicht in der Lage, die Auswirkungen zu beurteilen. Wer sich als Unternehmen nicht bemüht, den Bedarf an Klimainvestitionen zu prüfen, könnte unter Druck geraten, wenn sich die Klimawende beschleunigt. Unternehmen aus Übergangssektoren schaffen zudem seltener Managementkapazitäten für die grüne Wende.

Unternehmen, die bei Klimamaßnahmen zögerlich sind, mangelt es auch oft an der Fähigkeit zum Wandel. „Abwartende“ Firmen sind seltener innovativ oder Exporteure und nutzen seltener moderne Managementtechniken. Sie sind auch etwas seltener profitabel und haben mit etwas höherer Wahrscheinlichkeit Finanzierungsprobleme. Diese Korrelationen spielen insgesamt zwar eine Rolle, allerdings zeigen unsere Analysen auch, dass die Wahrnehmung von Klimarisiken, das entsprechende Bewusstsein und der Informationsstand mitentscheidend sind, ob Firmen in Klimamaßnahmen investieren.

Bewusstsein für Risiken und Chancen beeinflusst Klimainvestitionen

Firmen (in %), die in Klimamaßnahmen investiert haben (nach Risikowahrnehmung)



Quelle: EIBIS 2021

Firmen, die sich nicht wandeln, könnten die Konvergenz in Europa bremsen

Die Konzentration der Firmen, die bei Digitalisierung, Klimaschutz oder beidem keine Maßnahmen ergriffen haben, ist in Europa ungleich verteilt. Der Datenvergleich zwischen Kohäsionsregionen („weniger entwickelte“ und „Übergangsregionen“) und stärker entwickelten Regionen zeigt, dass die digitale und grüne Wende die Konvergenz in Europa bremsen könnte, weil Unternehmen in einkommensschwächeren Regionen weniger anpassungsfähig und schlechter in der Lage sind, die damit verbundenen Chancen zu nutzen.

Bei Unternehmen in einkommensschwächeren Ländern und Regionen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie digitaler werden, geringer. Auch pandemiebedingte Innovationen sind weniger wahrscheinlich. Mehr Digitalisierung war eine der wichtigsten Reaktionen der Unternehmen auf die Pandemie. Sie war allerdings in weniger entwickelten und Übergangsregionen schwächer ausgeprägt. Bei den Innovationen sind die Daten ähnlich.

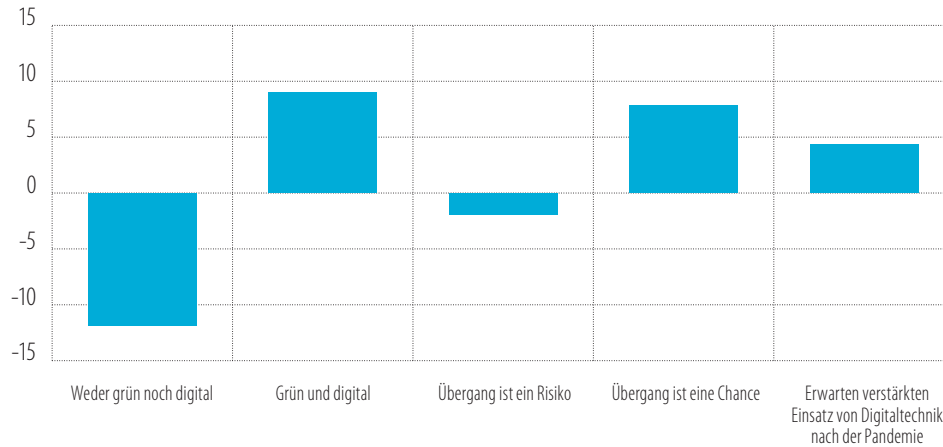
Firmen in einkommensschwächeren Regionen hinken bei grünen Innovationen hinterher und beurteilen die Chancen der Klimawende weniger optimistisch. Bei der Anmeldung grüner Patente dominieren bisher Unternehmen aus West- und Nordeuropa. Unternehmen in Kohäsionsregionen mit geringerer Kompetenz in der Bewältigung des Klimawandels (gemessen an der Beschäftigung von Klimabeauftragten, der Nutzung von Klimazielen und Energieaudits) und größerer Skepsis hinsichtlich der Chancen der Klimawende betrachten die Klimawende eher als Risiko.

Unternehmen, die in Klimamaßnahmen und Digitalisierung investiert haben, sehen den Fachkräftemangel öfter als Investitionshindernis und tendierten in der Pandemie eher dazu, mehr in Schulungen zu investieren. Zwar ist der Fachkräftemangel bei allen Arten von Unternehmen ein häufig genanntes Hindernis, allerdings gilt dies offenbar vor allem für innovative, auf Klima und Digitalisierung fokussierte Unternehmen. Transformative Investitionen scheinen auch hier eine Frage der Wahrnehmung zu sein. Der Anteil grüner und digitaler Unternehmen (also Unternehmen, die in Klima und Digitalisierung investieren), die auch in Schulungen investiert haben, ist in der Pandemie um 9 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der nicht grünen und nicht digitalen Unternehmen, die in Schulungen investiert haben, ist um 12 Prozentpunkte gesunken. Das Begreifen der Klimawende als Chance und die Erwartung, dass die Digitalisierung durch die Pandemie zunehmen wird, korreliert ebenfalls mit häufigeren Investitionen in Schulungen.

Ergebnisüberblick

Firmen, die in der grünen und digitalen Wende Chancen sehen, investieren häufiger in Schulungen

Anteil der Firmen, die in Schulungen investieren, ggü. dem EU-Durchschnitt (Unterschied in %-Punkten) nach Unternehmensmerkmalen

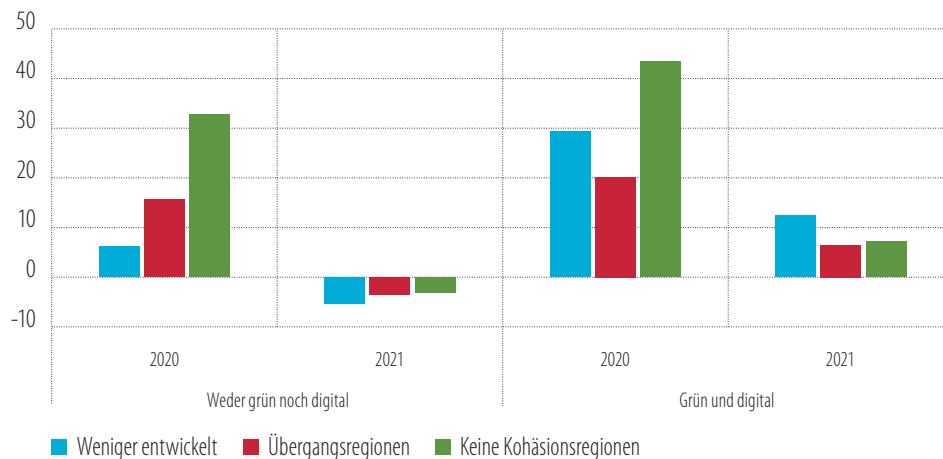


Quelle: EIBIS 2021

Transformative Maßnahmen der Unternehmen zeigen in der Pandemie bereits Wirkung auf die regionale Beschäftigung. Unternehmen, die in Klima und Digitalisierung investiert haben, schufen in der Pandemie unter dem Strich meist neue Arbeitsplätze. Bei den Unternehmen, die nicht investiert haben, war dagegen ein Stellenabbau wahrscheinlicher. Dies gilt für alle Regionalgruppen.

Digitale und grüne Unternehmen haben in der Pandemie meist Arbeitsplätze geschaffen, vor allem in weniger entwickelten Regionen

Anteil der Firmen, die Arbeitsplätze schufen, abzüglich derer, die Arbeitsplätze abbauten (in %-Punkten)



Quelle: EIBIS 2020, 2021

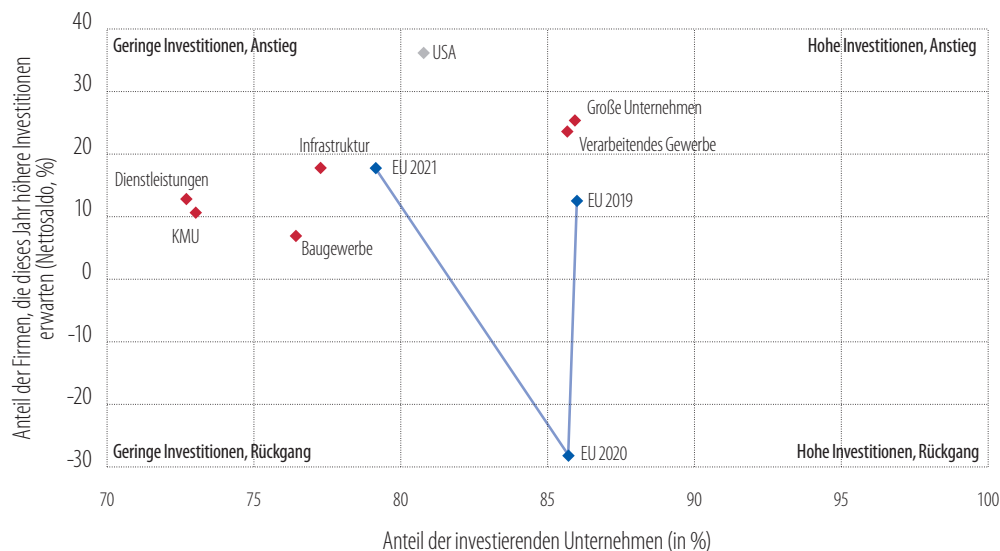
Europa muss die Dynamik des Wandels jetzt aufrechterhalten und stärken

Europas Maßnahmen haben zu höheren Erwartungen geführt und die Erholung gestützt

Die Wirtschaft erholt sich schneller als ursprünglich erwartet, und die Marktbedingungen entspannen sich. Daher gehen europäische Unternehmen davon aus, dieses Jahr mehr zu investieren. Im zweiten Quartal 2021 lagen die Realinvestitionen in den meisten EU-Ländern wieder auf dem Vorkrisenniveau von 2019. Die EIBIS-Daten bestätigen diesen Trend. Der Anteil der Unternehmen, die im abgelaufenen Jahr investierten, war relativ gering (79 Prozent), aber unter dem Strich rechneten zusätzliche 18 Prozent der Unternehmen für 2021 mit höheren Investitionen – eine scharfe Trendwende gegenüber dem Vorjahr (-28 Prozent). Zudem beurteilen die Unternehmen die Investitionsbedingungen im kommenden Jahr insgesamt optimistisch. Die EIBIS-Stimmungsindikatoren für das Wirtschaftsklima und den Zugang zu interner Finanzierung drehen mit der anhaltenden Erholung ins Positive.

Der Optimismus der Unternehmen und die Erholung beruhen allerdings teilweise auf Wachstumserwartungen, die sich auf die Hilfsmaßnahmen der EU stützen sowie auf die Bereitschaft der EU-Länder, die Pandemie gemeinsam zu überwinden. Da die Pandemie noch längst nicht vorbei ist, bleibt die makroökonomische und politische Unsicherheit hoch. Für 73 Prozent der Firmen ist dies immer noch ein Investitionshindernis. Zudem könnten das Auslaufen einiger Unterstützungsmaßnahmen und die Umsetzung des Politikrahmens für die Zeit nach der Krise die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen auf die Probe stellen. Die Gefahr von Spätfolgen in einigen Sektoren und Regionen Europas sowie Probleme vieler Firmen bei der Anpassung an strukturelle Veränderungen zeigen, dass eine Strategie benötigt wird, um die Unterstützung auslaufen zu lassen, ohne die Erholung dadurch zu gefährden.

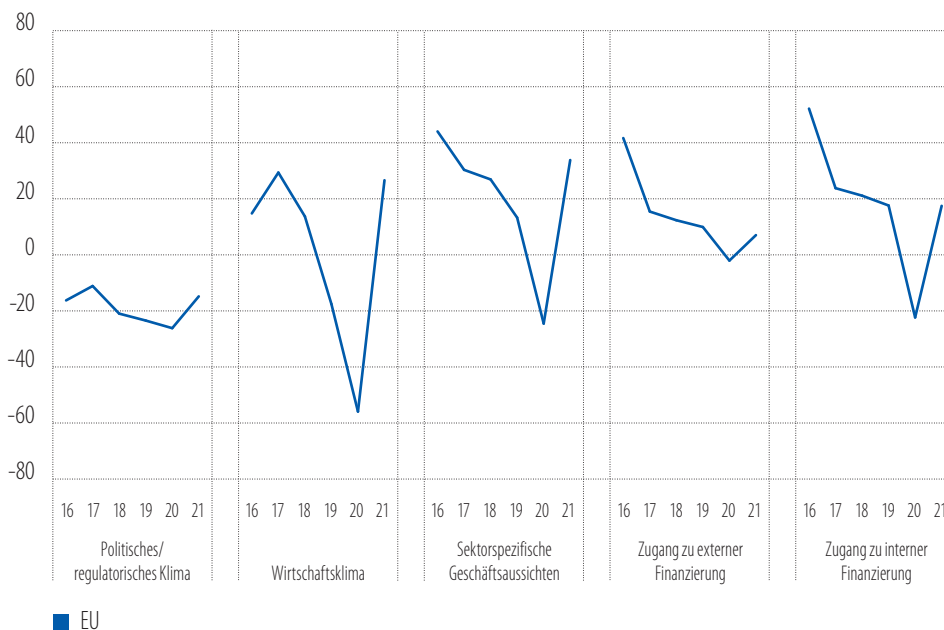
Europäische Firmen erwarten höhere Investitionen



Quelle: EIBIS 2021

Unternehmen beurteilen auch die Investitionsbedingungen im kommenden Jahr optimistisch

EU-Firmen (in %), die in den nächsten 12 Monaten mit einer Verbesserung rechnen, abzüglich derer, die eine Verschlechterung erwarten



Quelle: EIBIS 2021

Europa muss von Nothilfen zu einem Umfeld kommen, das den Strukturwandel fördert

Die EU braucht weiter eine abgestimmte Finanzpolitik, damit die Wirtschaft sich erholt und der Strukturwandel gelingt. Nach der Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts³ konnten die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie zu begrenzen. Die Klausel nun einfach zu deaktivieren und den Pakt wiederherzustellen, würde allerdings fiskalische Anpassungen erfordern, die kaum tragbar wären. Diese Anpassungen könnten die Erholung gefährden und öffentliche Investitionen in Klimaschutz und -anpassung sowie in die Digitalisierung belasten – gerade in Mitgliedstaaten, die besonders unter der Pandemie leiden und deren Verschuldungsgrad sich stärker erhöht hat.

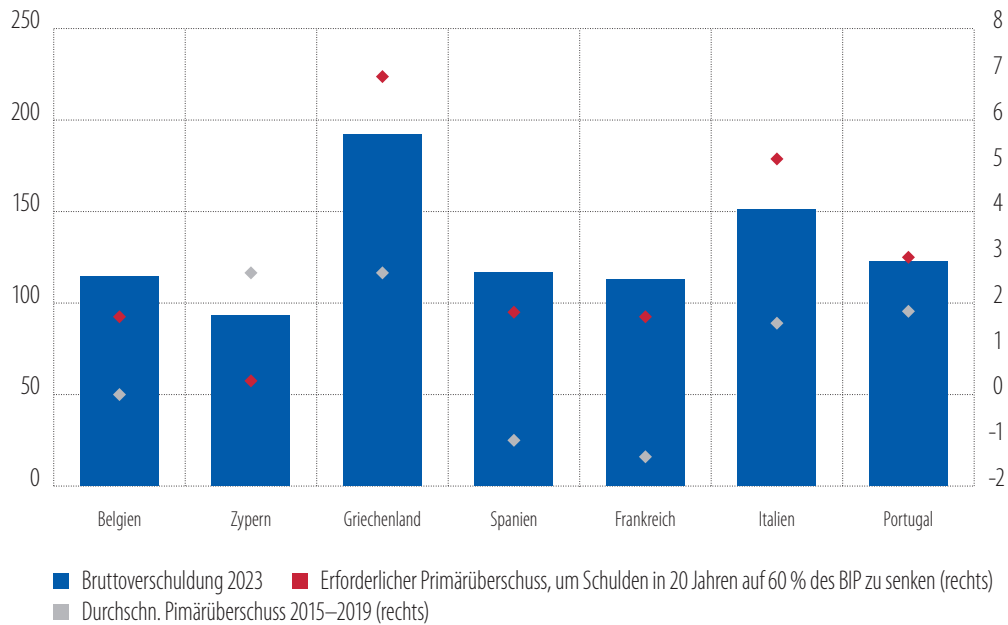
Die erfolgreiche Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität wird in den kommenden Jahren wichtige öffentliche Investitionen sichern. Dies fördert den Strukturwandel der EU-Wirtschaft und begrenzt die Auswirkungen auf die öffentliche Verschuldung. Die Fazilität ragt wegen ihres Umfangs und ihrer Ausrichtung auf strukturell wichtige Investitionen aus den Förderprogrammen der EU heraus. Sie verlangt von den Mitgliedstaaten, dass mindestens 37 Prozent ihrer Investitionen in grüne und 20 Prozent in digitale Projekte fließen.

Die Fazilität könnte die Konvergenz in der Europäischen Union erheblich stärken. EIB-Schätzungen auf Basis des makroökonomischen Modells Rhomolo legen nahe, dass die Fazilität ein rund 2 Prozent höheres BIP im Jahr 2030 und ein 1,3 Prozent höheres im Jahr 2040 gegenüber dem Basisszenario bewirken dürfte. In Südeuropa ist die geschätzte Wirkung auf das BIP am stärksten. Hier dürfte das BIP durch die strukturellen Verbesserungen bis 2030 um bis zu 5 Prozent höher ausfallen – und 2040 um immerhin noch 2,5 Prozent. Auch in Mittel- und Osteuropa ist die Wirkung noch beträchtlich. In West- und Nordeuropa dürfte der Effekt etwas unter 1 Prozent liegen, wobei die Hälfte der prognostizierten Wirkung auf grenzüberschreitende Ausstrahlungseffekte vom Rest Europas entfällt.

3 Für weitere Informationen über die allgemeine Ausweichklausel siehe [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI\(2020\)649351](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2020)649351).

Wiedereinführung der bisherigen Schuldenregel würde für die höchstverschuldeten Mitgliedsländer eine dramatische haushaltspolitische Korrektur bedeuten

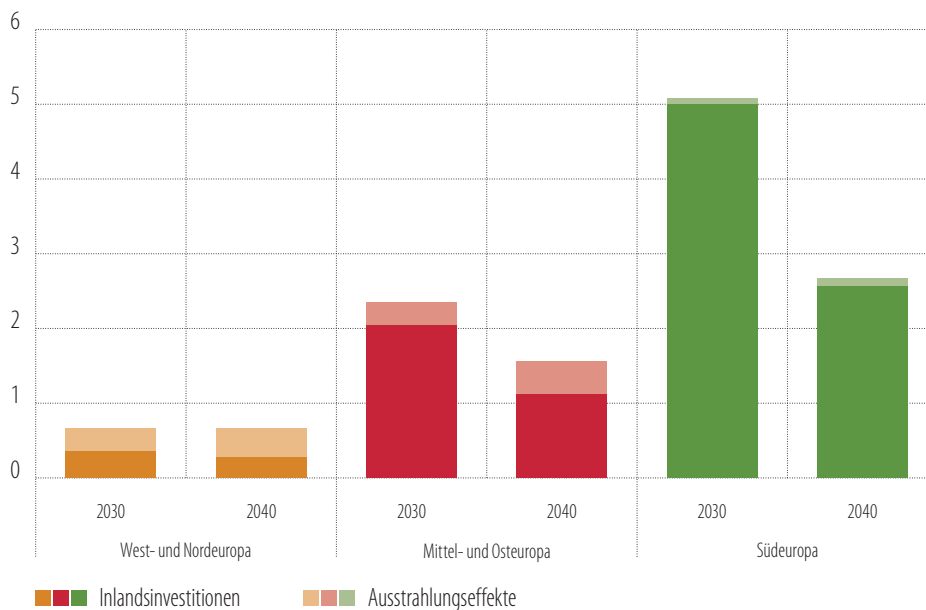
Staatsverschuldung, zur Einhaltung der Schuldenregel erforderliche Primärüberschüsse und Überschüsse (linke Achse: Staatsschulden in % des BIP; rechte Achse: Primärüberschuss in % des BIP)



Quelle: Datenbank AMECO der Europäischen Kommission, Berechnungen der EIB

EIB-Schätzungen auf der Basis von Rhomolo – Auswirkungen der Aufbau- und Resilienzfazilität auf das makroregionale BIP

Die Aufbau- und Resilienzfazilität dürfte vor allem das BIP in Südeuropa stärken (BIP-Anstieg im Vergleich zum Szenario ohne Fazilität, in %)



Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen der EIB

Anmerkung: Die hellen Säulenabschnitte zeigen die geschätzte Wirkung von Investitionen in anderen EU-Regionen auf das BIP (Ausstrahlungseffekte)

Ergebnisüberblick

Öffentliche Investitionen spielen bei der digitalen und grünen Wende eine wesentliche Rolle – nicht zuletzt, um private Investitionen und den Wandel zu beschleunigen. Viele Regionen haben immer noch eine sehr mangelhafte digitale Infrastruktur – dies hat die Pandemie gezeigt. Die Unternehmen haben in der Pandemie vor allem dann digital aufgerüstet, wenn ein besseres Internet vorhanden war, das die Nutzung digitaler Tools und neue Arbeitsweisen erleichterte. An der aktuellen Belastung des europäischen Energiesystems sowie dem Preisanstieg zeigt sich, wie dringend in diesem kritischen Jahrzehnt der Klimawende in die erneuerbare Energieerzeugung und europaweite Übertragungsnetze investiert werden muss.

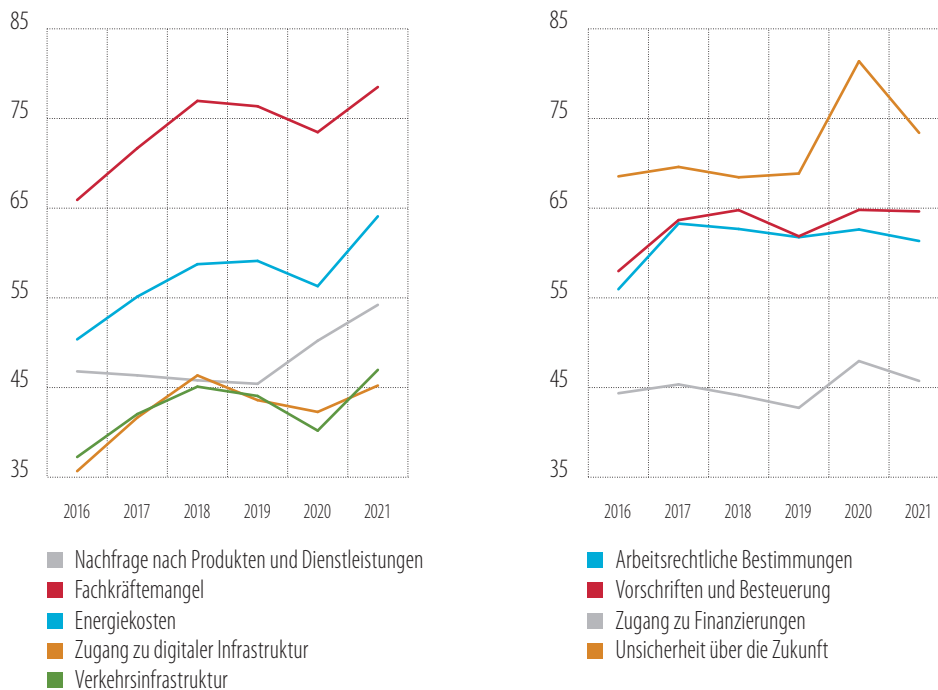
Auf die Umsetzung kommt es an. Die Planung und Genehmigung von Investitionsprogrammen war eine beeindruckende Leistung. Nun kommt es darauf an, wie gut sie in den einzelnen Ländern umgesetzt werden. Denn die Auszahlung von Mitteln ist an die effektive Umsetzung von Reformen und vorgeschlagenen Investitionsprogrammen gebunden.

Jetzt sind gezielte Initiativen zur Risikoteilung gefragt, um der Unsicherheit entgegenzuwirken und ein Umfeld des Aufbruchs zu schaffen

Das Augenmerk muss auf den nichtfinanziellen Investitionshindernissen liegen. Die größten Hürden sind hier die Qualifikationen und die Infrastruktur. Der Mangel an angemessen qualifizierten Fachkräften wird von 79 Prozent der europäischen Unternehmen als langfristiges Investitionshindernis genannt. Auch die Infrastruktur ist wichtig. Der Zugang zu Digital- und Verkehrsinfrastruktur sowie die Energiekosten gewinnen als Investitionshindernisse in Europa in der aktuellen Erholung an Bedeutung.

Größtes langfristiges Investitionshindernis bleibt der Fachkräftemangel, aber auch Energiekosten und Infrastruktur gewinnen an Gewicht

Langfristige Investitionshindernisse (% der EU-Firmen, die das Hindernis als groß oder gering bewerten)



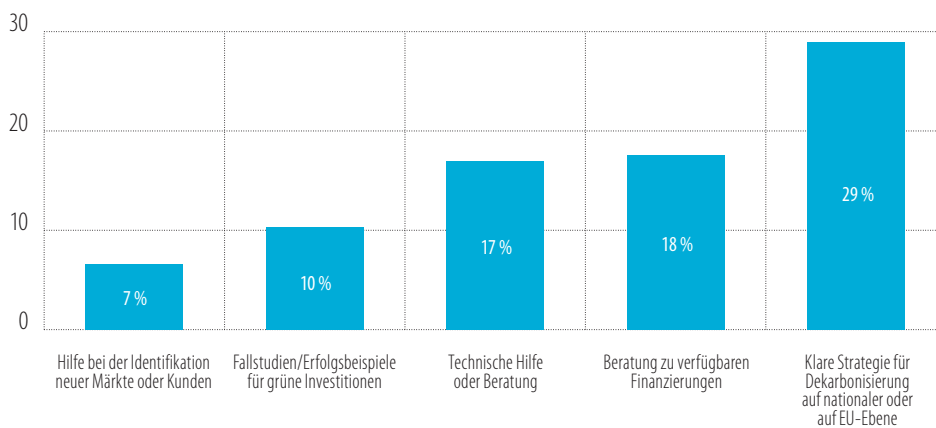
Quelle: EIBIS 2021

In puncto Klimainvestitionen sind das ungewisse regulatorische Umfeld und die Besteuerung zentrale Hindernisse. Laut den Unternehmen wären ein klarer Dekarbonisierungskurs, Beratung zu verfügbaren Finanzierungen und technische Unterstützung am sinnvollsten, um Klimainvestitionen zu stärken.

Die größten Hürden für Investitionen in Digitaltechnik sind neben den Kosten der Investitionstätigkeit die benötigten Fachkräfte, um diese Investitionen zu identifizieren und umzusetzen. Als wichtigste Hilfen auf dem Weg zur Digitalisierung geben die Unternehmen technische Unterstützung, Beratung zur Finanzierung und einheitliche Vorschriften in Europa an.

Klimainvestitionen brauchen klare Rahmenbedingungen

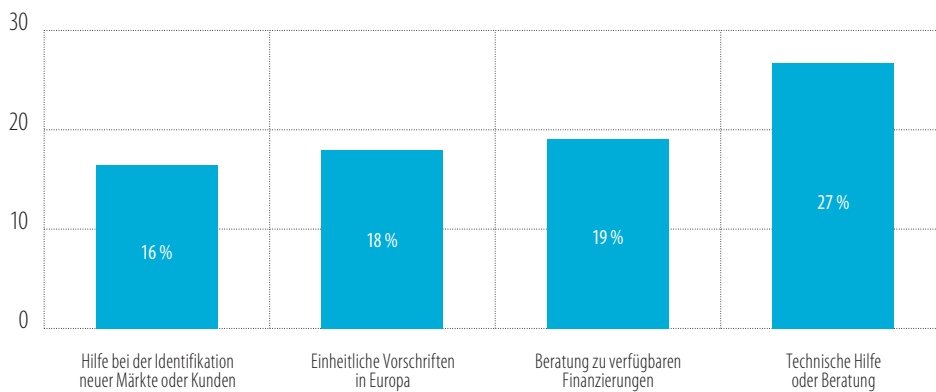
Wichtigste Hilfen (% der Firmen)



Quelle: Zusatzbefragung EIBIS 2021 – Stichprobe von EU-KMU aus verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektor

Investitionen in Digitaltechnik brauchen technische Unterstützung

Wichtigste Hilfen (% der Firmen)

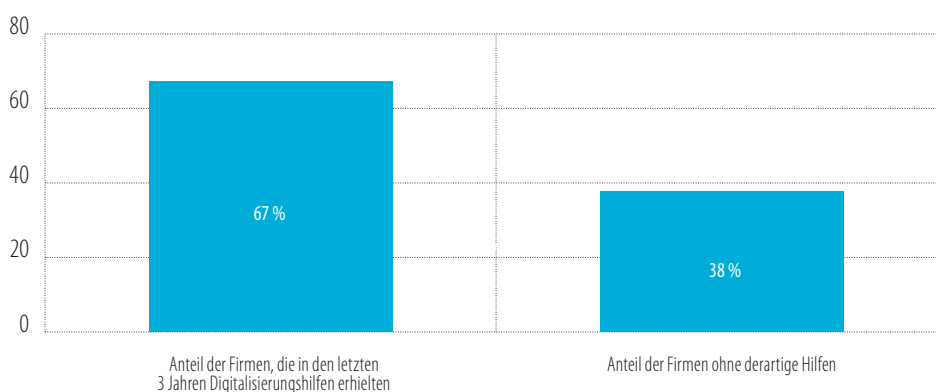


Quelle: Zusatzbefragung EIBIS 2021 – Stichprobe von EU-KMU aus verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektor

Bei KMU hat sich gezielte finanzielle Unterstützung als effektiv erwiesen, um die Bereitschaft für transformative Investitionen zu erhöhen, auch als Reaktion auf die Pandemie. Europäische KMU, die in den letzten drei Jahren Digitalisierungsanreize erhielten, tendierten fast doppelt so häufig dazu, ihre Investitionen in die Digitalisierung pandemiebedingt zu verstärken. Das zeigt, dass derartige Anreize vielen Firmen helfen, aktiv zu werden. Auch bei den Klimainvestitionen erwies sich gezielte finanzielle Unterstützung als effektiv. Von ihr profitierten allerdings nur 6–7 Prozent der Firmen in Süd-, Mittel- und Osteuropa (in West- und Nordeuropa waren es 16 Prozent). Digitalisierungsanreize erhielten in Mittel- und Osteuropa lediglich 5 Prozent der Unternehmen, während es anderswo 16–17 Prozent waren.

Unternehmen, die zuvor gezielte Digitalisierungsanreize erhielten, investierten als Reaktion auf die Pandemie eher in die Digitalisierung

Anteil der Unternehmen, die ihre Digitalisierungsinvestitionen wegen Covid-19 erhöht haben



Quelle: Zusatzbefragung EIBIS 2021 – Stichprobe von EU-KMU aus verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektor

Finanzielle Anreize sollten durch Hilfen für Firmen, Kommunen und einzelne Länder zur Entwicklung ihrer technischen Fähigkeiten flankiert werden. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD) – der Aufbauplan der Europäischen Union nach der Staatsschuldenkrise – hat gezeigt, was zusätzlich zu finanzieller Unterstützung erforderlich ist: die Fähigkeit, erstklassige Projekte zu identifizieren, vorzubereiten und umzusetzen. Nur mit einer breiten Pipeline an hochwertigen Projekten kann sichergestellt werden, dass öffentliche Unterstützung private Investitionen nicht verdrängt, sondern mit an Bord holt. Technische Hürden und fehlende Informationen sind für die Unternehmen weitere Hindernisse.

Die Politik muss Umschulungen und die Verbesserung der Qualifikationen zu Kernzielen erklären, um die anstehenden Verschiebungen am Arbeitsmarkt zu bewältigen. Nur so lässt sich verhindern, dass Arbeitskräfte in großer Zahl in schrumpfenden Branchen und Firmen feststecken, die keine Zukunft haben. Viele Beschäftigte drohen in Firmen zu verbleiben, die sich nicht an die neue Normalität anpassen – und die auch nicht in Schulungen investieren. Gleichzeitig könnte der Fachkräftemangel die Investitionstätigkeit transformativer Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial weiter bremsen. Bessere Qualifikationen und Umschulungen sind daher wesentliche Ziele, wenn der Übergang wirklich für alle gerecht werden soll.

Der Aufschwung hat sich mittlerweile gefestigt, und immer mehr Firmen beteiligen sich an Klimaschutz und Digitalisierung. Die Politik darf also hoffen. Dennoch hält die weiterhin hohe Unsicherheit viele Firmen zurück. Hinzu kommen die asymmetrischen Effekte der Pandemie auf die europäische Wirtschaft, die die Risiken für Unternehmen, Staaten und Beschäftigte erhöhen. Die Pandemie bietet jedoch auch die Chance, den Wandel in Europa voranzutreiben. Diese Chance gilt es jetzt zu nutzen.

INVESTITIONSBERICHT 2021/2022 ERGEBNISÜBERBLICK



**Europäische
Investitionsbank**

Die Bank der EU

Europäische Investitionsbank
98 -100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxembourg
+352 4379-1
www.eib.org – info@eib.org

 twitter.com/EIB

 facebook.com/EuropeanInvestmentBank

 youtube.com/EIBtheEUbank

print: ISBN 978-92-861-5190-3

eBook: ISBN 978-92-861-5197-2

pdf: ISBN 978-92-861-5191-0